

Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben (MA 4)

Die Erstellung des Voranschlags der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 2000 erfolgte gemäß § 86 WStV und der zuletzt gültigen Haushaltsordnung. Er wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 22. bis 23. November 1999 genehmigt.

Bei der Erstellung des Voranschlags 2000 waren grundsätzlich folgende Rahmenbedingungen zu berücksichtigen: Die Auswirkungen der Steuerreform 2000, die Unwägbarkeit bei bestimmten Steuern sowie im Wesentlichen ein Rückgang in den sonstigen Einnahmenbereichen. Solchermaßen wurden im Vergleich mit dem Voranschlag 1999 neben dem ordentlichen Voranschlag zwei „außerordentliche Budgets“, und zwar ein „Zusatzrahmen mit Sperre“ und ein „Eventualbudget“, vorgelegt, die je nach Einnahmenrealisierung partiell bzw. vollständig frei zu geben sind.

Unter diesen Voraussetzungen sah der **Voranschlag 2000** folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

	ATS	Zusatzrahmen mit Sperre ATS	Eventual- budget ATS
Einnahmen	121.331.245.000	900.000.000	600.000.000
Ausgaben	130.976.215.000	900.000.000	600.000.000
Abgang	9.644.970.000		

Die Einnahmen sinken somit gegenüber dem Vorjahr um 7,2 %, die Ausgaben um 6,6 %. Der mit ATS 9.645 Mio. veranschlagte Abgang beträgt 7,4 % der Gesamtausgaben.

Mit dem Voranschlag 2000 wurde das gemäß Stabilitätspakt zulässige „Maastricht-Defizit“ mit einem Wert von rund ATS 2.251 Mrd. eingehalten.

Im Vergleich mit dem Voranschlag des Vorjahres sind jedoch zwei wesentliche strukturelle Veränderungen zu beachten, und zwar der Entfall des Ansatzes „Wiener Wohnen“ infolge Führung des Verwaltungszweigs „Stadt Wien – Wiener Wohnen“ als Unternehmung mit eigenem Wirtschaftsplan sowie die infolge der Umwandlung der Wiener Stadtwerke in eine Gesellschaftsform des Handelsrechts erfolgte Zuordnung des diesbezüglichen Personals zum Magistrat der Stadt Wien.

Daraus ergibt sich eine in den verschiedensten Einnahmen- und Ausgabenparten wirksame Veränderung dahingehend, dass im ersten Fall eine einnahmen- und ausgabenseitige Reduzierung um rund ATS 15,6 Mrd. und im zweiten Fall eine ebenso budgetneutrale Anhebung der Einnahmen und Ausgaben um rund ATS 9,5 Mrd. erfolgt.

Durch diese beiden genannten Umgestaltungen hat die Struktur des Voranschlags der Stadt Wien eine tiefgreifende Veränderung erfahren, die einen unmittelbaren Vergleich mit den Werten der Vorjahre nicht oder nur erschwert zulässt.

Andererseits hat die Einführung des Voranschlagsquerschnitts durch die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997 (VRV) eine für alle Länder und Gemeinden Österreichs einheitliche Darstellung der Haushalte in der auch für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung maßgeblichen ökonomischen Gliederung gebracht.

Es erschien daher zweckmäßig, diesen Zeitpunkt einer Strukturänderung dahingehend zu nutzen, eine durchgehende Einheitlichkeit der Darstellung zu schaffen und die bisherige Form der Zusammenfassung des Haushalts in den Erläuterungen, die neben ökonomischen auch noch funktionelle Kriterien enthalten, aufzulassen und durch eine am Voranschlagsquerschnitt orientierte durchgängige Darstellung rein nach ökonomischen Kriterien zu ersetzen.

Einnahmenentwicklung

Der Anteil der eigenen Steuern an den Gesamteinnahmen sinkt gegenüber dem Vorjahr nominell um ATS 865 Mio. auf Grund der bereits eingangs erwähnten Unwägbarkeiten auf ATS 12.157 Mio. Prozentuell ergibt sich wie im Vorjahr ein Anteil von 10,0 %. Weitere ATS 900 Mio. sind bei betreffender Einnahmenrealisierung im Zusatzrahmen mit Sperre vorgesehen. Der Ertrag aus der Getränkesteuer dient der besonderen Zielsetzung „Schutz und Förderung der Gesundheit“.

Die präliminierten Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben einschließlich des Anteils an der Spielbankenabgabe sinken um ATS 770 Mio. auf ATS 39.098 Mio. und erreichen 32,2 % der Gesamteinnahmen.

Die Einnahmen aus Gebühren steigen geringfügig um ATS 33 Mio. auf ATS 6.224 Mio. Der prozentuelle Anteil an den Gesamteinnahmen steigt um 0,4 % auf 5,1 %.

Bei den Einnahmen aus Leistungen ergibt sich ein Einnahmenrückgang von ATS 1.233 Mio. auf ATS 19.780 Mio. insbesondere durch geringere Erwartungen bei den Leistungen der Sozialversicherungsträger in den Krankenanstalten, bei den Leistungserlösen der Müllbeseitigung und der Datenverarbeitungsanlagen sowie durch die Ausgliederung von Wiener Wohnen.

Die Kostenersätze der Wiener Stadtwerke beinhalten die Refundierung der Personal- und Pensionsaufwendungen im Zuge der erfolgten Zuordnung des Personals der Wiener Stadtwerke zum Magistrat der Stadt Wien und erreichen ATS 10.514 Mio.

Die Beiträge des Bundes für den Lehrpersonalaufwand steigen nominell um ATS 184 Mio. auf ATS 7.205 Mio., ihr Anteil steigt gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % auf 5,9 %.

Die laufenden Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts steigen nominell um ATS 772 Mio. auf ATS 15.086 Mio. und erreichen 12,4 % der Gesamteinnahmen.

Die Einnahmen aus Kapitaltransferzahlungen, die im Vorjahr ATS 3.339 Mio. betragen haben, sinken nunmehr infolge der Ausgliederung von Wiener Wohnen auf ATS 2.207 Mio., das sind 1,8 % der Gesamteinnahmen.

Die Fremdmittelaufnahmen sinken im Vergleich mit dem Vorjahr um 2,3 % auf 0,4 %. Nominell ergibt sich ein Rückgang um ATS 3.062 Mio. auf ATS 455 Mio. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf die Ausgliederung von Wiener Wohnen und der damit im Zusammenhang stehenden Fremdmittelgebarung zurückzuführen.

Bei den sonstigen Einnahmen ergibt sich ebenfalls gegenüber dem Vorjahr durch die Ausgliederung von Wiener Wohnen ein starker Rückgang auf dieser Position von ATS 22.528 Mio. um ATS 13.923 Mio. auf ATS 8.605 Mio. Der Anteil an den Gesamteinnahmen sinkt um 10,1 % auf 7,1 %.

Ausgabenentwicklung

Der prozentuelle Anteil der Leistungen für das Personal einschließlich der Pensionen und sonstiger Ruhebezüge des Magistrats an den Gesamtausgaben steigt gegenüber dem Vorjahr um 2,5 % auf 27,9 %. Nominell ist ein Anstieg um ATS 884 Mio. zu verzeichnen.

Die Aufwendungen für die Landeslehrer (die fast zur Gänze ersetzt werden) steigen nominell um ATS 241 Mio. auf 7.988 Mio. und erreichen 6,1 % der Gesamtausgaben.

Die Anzahl der Dienstposten (einschließlich Landeslehrer) bleibt mit 70.442 Bediensteten unverändert. In dieser Zahl sind auch 606 Dienstposten (ohne Hausbesorger) der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen enthalten. Infolge der bereits erwähnten Zuordnung des Personals der Wiener Stadtwerke zum Magistrat der Stadt Wien sind sowohl die Kosten des aktiven Personals aller Teilbereiche als auch die Pensionsaufwendungen der Bereiche Wienstrom, Wiengas und Bestattung erstmals in den Voranschlag der Stadt Wien aufzunehmen. Dies bewirkt eine budgetneutrale Anhebung der Einnahmen und Ausgaben um rund ATS 9,5 Mrd. Die Pensionslasten Wiener Linien waren bisher als Sonstige Ausgaben ausgewiesen und sind nun ebenfalls dem Pensionsaufwand zugeordnet.

Die Ausgaben der Ge- und Verbrauchsgüter des Verwaltungs- und Betriebsaufwands, die sich aus einer Vielzahl von Positionen ergibt, sinkt im Vergleich mit dem Voranschlag 1999 von ATS 40.627 Mio. auf 29.788 Mio., wobei dies insbesondere auf die Ausgliederung von Wiener Wohnen zurückzuführen ist. Der Anteil an den Gesamtausgaben sinkt von 29,0 % auf 22,7 %.

Bei den laufenden Transferzahlungen mit ATS 21.856 Mio. ergibt sich ein Rückgang um ATS 2.807 Mio., anteilmäßig sinken sie von 17,6 % im Vorjahr auf 16,7 %. Begründet ist dieses Absinken in der nunmehrigen Verrechnung der Pensionsaufwendungen der Wiener Linien, im Zusammenhang mit der Zuordnung des Personals der Wiener Stadtwerke zum Magistrat, auf der betreffenden Post 760, Pensionen und sonstige Ruhebezüge, mit rund ATS 2,1 Mrd.

Die Aufwendungen für den Schuldendienst, der im Vorjahr ATS 10.794 Mio. betragen hatte, sinken im Voranschlag 2000 auf ATS 6.740 Mio., das sind anteilmäßig an den Gesamtausgaben 5,1 %. Auf die Tilgung entfallen ATS 5.431 Mio. und auf die Verzinsung ATS 1.309 Mio.

Im Rahmen der Investitionen, Darlehen zur Investitionsförderung, Kapitaltransfers, Wertpapiere und Beteiligungen ergibt sich im Vergleich mit dem Vorjahr ein nomineller Rückgang um ATS 3.978 Mio. auf ATS 16.163 Mio. Unter Berücksichtigung des bisherigen Anteils von Wiener Wohnen mit ATS 2.325 Mio. einerseits sowie unter Hinzurechnung des „Zusatzrahmens mit Sperre“ und des „Eventualbudgets“ andererseits ergibt sich ein Rückgang von lediglich ATS 655 Mio.

Die sonstigen Ausgaben mit einem Anteil von 0,3 % an den Gesamtausgaben sinken nominell um ATS 275 Mio. auf ATS 397 Mio. (unter Berücksichtigung von Wiener Wohnen bleiben sie gleich hoch) und enthalten im Wesentlichen die Bezüge der Organe bzw. Zuführungen an Rücklagen.

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderats vom 27. Juni bis 28. Juni 2000 **genehmigte Rechnungsabschluss für das Jahr 1999** ergab bei Gesamteinnahmen von ATS 137.145 Mio. und Gesamtausgaben von ATS 142.613 Mio. einen Abgang von ATS 5.468 Mio. Somit konnte der im Voranschlag für das Jahr 1999 ausgewiesene Abgang von ATS 9.457 Mio. um ATS 3.989 Mio. verbessert werden. Zur Deckung des Abgangs wurden sowohl Fremdmittelaufnahmen als auch Entnahmen aus der Allgemeinen Rücklage herangezogen.

Der **Voranschlag 2001** rechnet bei Gesamteinnahmen von ATS 123.054 Mio. und Gesamtausgaben von ATS 131.342 Mio. mit einem Gebarungsabgang von ATS 8.288 Mio., das sind 6,3 % der Gesamtausgaben. Damit wird

das als Grundlage für die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern vorgegebene „Maastricht-Defizit“ mit einem Plus von ATS 26,1 Mio. erreicht. Der Gebarungsausgang ist, soweit er nicht durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen einschließlich der Aufnahme von Anleihen und Darlehen ausgeglichen werden kann, ebenso wie ein allfällig sich ergebender Überschuss auf neue Rechnung vorzutragen und im Voranschlag künftiger Verwaltungsjahre zu veranschlagen.

Weiters wurden in Anbetracht der Unwägbarkeit infolge der Auswirkungen der zweiten Etappe der Steuerreform 2000 sowie der Veränderungen bei der Getränkesteuer und der Werbeabgabe ein „außerordentliches Budget“ mit ATS 600 Mio. vorgelegt, die je nach Einnahmenrealisierung partiell bzw. vollständig freigegeben werden kann.

Die Aufschließung von Betriebsbaugeländen wurde gemeinsam mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds schwerpunktmäßig im Industriepark Nord fortgesetzt. Weiters wurden Aufschließungsmaßnahmen im Bereich 22., Gewerbeplatz Stadlau und 12., Liebenstraße durchgeführt.

Im Rahmen der Verhandlungen zu einem Finanzausgleich für die Jahre 2001 bis 2004 gelang es in Zusammenarbeit mit den vom Bund verschiedenen Finanzausgleichspartnern eine – im Hinblick auf die ursprünglichen Forderungen des Bundes – für alle Gebietskörperschaften akzeptable Einigung über die Finanzströme der nächsten vier Jahre zu erzielen.

Die Tätigkeit des Referats 3 der MA 4 wurde mit Änderung der Geschäftseinteilung der Stadt Wien ab 1. 1. 2000 auf die Bereiche der Projektverwertung, der Budgetkontrolle, der Prüfung von Videnden und auf die Mitwirkung an der Weiterentwicklung des ISBA (Informationssystem Bauen) eingeschränkt.

Mit dem Gesetz über den Kulturförderungsbeitrag (Kulturförderungsbeitragsgesetz 2000, LGBl. für Wien Nr. 23/2000), wurde den durch die Erlassung des Rundfunkgebührengesetzes geänderten Rahmenbedingungen für die Einhebung des Wiener Kulturschillings Rechnung getragen. Die Abgabepflicht knüpft seither statt an eine Bewilligung an den Betrieb einer Rundfunkeinrichtung an.

Die unter LGBl. für Wien Nr. 26/2000 kundgemachte Novelle zum Gebrauchsabgabengesetz 1996 sieht vor allem einen Entfall des Zustimmungsrechts des Eigentümers der Liegenschaft, von der aus der Gebrauch erfolgt, unter gleichzeitiger Verankerung seiner Parteienstellung vor.

Zu Erleichterungen für stark gehbehinderte Personen führte eine Novelle zum Parkometersgesetz, LGBl. für Wien Nr. 28/2000.

Mit der Novelle zum Gesetz über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe entfallen bisherige Ausnahmebestimmungen für ÖBB, Österreichische Post- und Telegrafverwaltung und Wiener Linien; sie müssen künftig Dienstgeberabgabe zahlen. Dieser Änderung ging ein einschlägiges Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes voran.

Mit Bundesgesetz BGBl. I Nr. 29/2000 wurde für Werbeleistungen, die nach dem 31. 5. 2000 erbracht werden, die Werbeabgabe als gemeinschaftliche Bundesabgabe eingeführt und gleichzeitig die bundesgesetzliche Ermächtigung zur Einhebung von Anzeigen- und Ankündigungsabgaben als ausschließliche Landes- bzw. Gemeindeabgaben und zur Ausschreibung von Ankündigungsabgaben durch die Gemeinden im Finanzausgleichsgesetz 1997 beseitigt.

Als Ergebnis eines Vorabentscheidungsverfahrens des Gerichtshofs der EU wurde die Einhebung einer Getränkesteuer auf alkoholische Getränke als nicht EU-konform erklärt, worauf die Steuerpflichtigen für die Steuerzeiträume ab 1995 die Rückerstattung der Getränkesteuer beantragt haben. Alleine in Wien wurden aus diesem Titel mehr als 11.000 Rückerstattungsanträge anhängig gemacht. Mit der Novelle zur Wiener Abgabenordnung – WAO, LGBl. für Wien Nr. 9/2000, wurde die Rückerstattung von Abgaben insoweit ausgeschlossen, als die Abgabe wirtschaftlich von einem anderen als dem Abgabepflichtigen getragen wurde. Diese Rückzahlungssperre ist auch in den jetzt anhängigen Getränkesteuerverfahren anzuwenden und wurde vom Verfassungsgerichtshof als verfassungskonform beurteilt.

Bei zahlreichen Abgabengesetzen wurden die für die Euro-Umstellung erforderlichen Anpassungen vorgenommen.

Finanzwirtschaft und Haushaltswesen (MA 5)

Wichtige Veränderungen in der Gesetzgebung

- BGBl. Nr. 26/2000 (ausgegeben am 19. Mai 2000)
Budgetbegleitgesetz 2000, Bundesgesetz, mit dem u. a. das Finanzausgleichsgesetz 1997 und das Familienlastenausgleichsgesetz geändert wird
- BGBl. Nr. 29/2000 und BGBl. Nr. 30/2000 (ausgegeben am 31. Mai 2000)
Bundesgesetze, mit denen u. a. das Finanzausgleichsgesetz 1997 geändert wird
- BGBl. Nr. 83/2000 (ausgegeben am 8. August 2000)
Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird
- BGBl. Nr. 84/2000 (ausgegeben am 8. August 2000)
Bundesgesetz, mit dem u. a. das Katastrophenfondsgesetz 1996 geändert wird
- BGBl. Nr. 142/2000 (ausgegeben am 29. Dezember 2000)
Budgetbegleitgesetz 2001, Bundesgesetz, mit dem u. a. das Finanzausgleichsgesetz 1997 und das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird

- BGBl. Nr. 143/2000 (ausgegeben am 29. Dezember 2000)
Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1996 geändert wird
- LGBl. für Wien Nr. 28/2000 (ausgegeben am 30. Mai 2000)
Gesetz, mit dem das Parkometergesetz geändert wird
- Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 52/2000 (ausgegeben am 28. Dezember 2000)
Verordnung des Gemeinderates, mit der ein Statut für die Unternehmung „Wiener Krankenanstaltenverbund“ erlassen wird

Bezirksbudgets

Für jene Angelegenheiten, die im § 103 der Wiener Stadtverfassung angeführt und deren Verwaltung von Haushaltsmitteln den Bezirksorganen übertragen sind, wurden im Rahmen der Bezirksmittelverordnung des Wiener Gemeinderates im Verwaltungsjahr 2000 rund ATS 2,124 Mrd. (EUR 154,36 Mio.) zur Verfügung gestellt.

Die Bezirksrechnungsabschlüsse 1999 wurden Mitte März des Berichtsjahres erstellt. Diese zeigten, dass Ausgaben (für Vorhaben) von rund ATS 2,182 Mrd. (EUR 158,57 Mio.) getätigt wurden. Mit Stichtag 31. Dezember 1999 erreichte die Bezirksrücklage für alle Bezirke einen Stand von rund ATS 686 Mio. (EUR 49,85 Mio.) – resultierend aus nicht verbrauchten Mitteln des Jahres 1999 sowie der Vorjahre, Prämien für die Bezirksrücklage und anrechenbaren Zuwendungen. Allerdings mussten zwei Bezirke zum Bezirksrechnungsabschluss 1999 einen Vorgriff von insgesamt ATS 11 Mio. (EUR 799.400) tätigen.

Im Juni des Jahres 2000 fanden in den Bezirken die Budgetbesprechungen des Verwaltungsausschusses des Bezirks mit den Dienststellen des Magistrats hinsichtlich der Bezirksbudgets für das Verwaltungsjahr 2001 statt. Im Jahr 2001 sind es ATS 2,203 Mrd. (EUR 160,09 Mio.), die den Bezirken im Rahmen der Bezirksmittelverordnung des Wiener Gemeinderates für die finanzielle Bedeckung der ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung stehen.

Finanzwirtschaft

Wohnbau

Auf Anforderung von Stadt Wien – Wiener Wohnen wurden seitens der MA 5 im Jahr 2000 zur teilweisen Finanzierung des städtischen Wohnhausneubaus Hypothekendarlehen in der Höhe von ATS 42.045.360 (EUR 3.055.555,47) aufgenommen, wovon ein für die Baufinanzierung erforderlicher Anteil von 2/3 der Darlehen, das sind ATS 28.030.240 (EUR 2.037.036,98) zuzählbar sein wird.

Im Bereich Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes (WWFSG) 1989, Neubau Art. II BGBl. Nr. 32/92, Nachträge zu ehemaligen Landesdarlehen wurden Nachtragsdarlehen in Höhe von ATS 5.096.600 (EUR 370.384,37) aufgenommen.

Die Zuzählungen für den Wohnhausneubau lassen sich folgendermaßen darstellen:

WWFSG 1989 – Neubau Kletterdarlehen	ATS 317.651.720 (EUR 23.084.650,77)
WWFSG 1989 – Art. II.....	ATS 6.838.100 (EUR 496.944,11)

Nach Novellierung des WWFSG 1989 konnten heuer wieder Wohnbauförderungsdarlehen 1968 konvertiert werden. Dies bedeutet, dass die Konditionen der Hypothekendarlehen, die gemäß den Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 aufgenommen wurden und für die keine Annuitätzuschüsse seitens des Landes Wien mehr geleistet werden, so geändert werden, dass

- die Verzinsung von antizipativ auf dekursiv umgestellt wird
- ab dem Zeitpunkt der Umstellung der Zinssatz gem. § 2 Abs. 3 Z 4 der Verordnung zum WWFSG 1989 LGBl. für Wien Nr. 44/1994 in der Fassung LGBl. für Wien Nr. 37/1998 höchstens 0,5 % über der Sekundärmarktrendite des vorangegangenen Jahres für Emittenten Inland liegt und
- die neue Laufzeit des Darlehens laut § 10 der Verordnung LGBl. für Wien Nr. 44/1994 mit 25 Jahren festgesetzt wird.

Insgesamt wurden somit im Jahr 2000 Darlehen in der Höhe von ATS 147.001.436 (EUR 10.683.011) konvertiert.

Wohnhaussanierung

Im Sanierungs- und Instandhaltungsbereich wurden im Jahr 2000 von der MA 5 insgesamt ATS 152.671.355 (EUR 11.095.060,06) an Darlehenszusicherungen eingeholt (aufgenommen), die Zuzählung in diesen Bereichen betrug ATS 1.555.344.655 (EUR 113.031.304,19).

Für die Einzelverbesserungen – den nachträglichen Fernwärmeanschluss von Wohnungen – wurden Darlehen in Höhe von ATS 19.680.000 (EUR 1.430.201,38) aufgenommen und mit gleicher Valuta zugezählt.

Im Rahmen der Wohnhaussanierung 1984 wurden 2000 keine Nachtragsdarlehen aufgenommen bzw. zugezählt.

Bürgschaften

Im Jahr 2000 wurden aufgrund entsprechender organmäßiger Genehmigungen folgende Bürgschaften übernommen, und zwar im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes 1984 in 5 Fällen einschließlich Nachtragsdarlehen für einen Gesamtbetrag von ATS 10.047.601 (EUR 730.187,64) und im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989, II. Hauptstück, in 84 Fällen für einen Gesamtbetrag von ATS 203.852.888 (EUR 14.814.567,12).

Im Bereich des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989, II. Hauptstück – Mieter, wurden im Jahr 2000 keine Bürgschaften übernommen.

Aktion zur Refundierung der Grunderwerbsteuer

Insgesamt kamen im Rechnungsjahr 2000 im Rahmen der Aktion ATS 22.641.324 (EUR 1.645.409,18) zur Auszahlung.

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

1. Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

a) Bundesförderung gemäß Wasserbauten bzw. Umweltförderungsgesetz:

Gemäß Wasserbautenförderungsgesetz konnten aufgrund bestehender Darlehensverträge mit dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds Darlehensschlusszahlungen für Investitionen der Magistratsabteilungen 30 und 31 in einer Höhe von rd. ATS 123 Mio. (EUR 8,94 Mio.) lukriert werden. Gemäß Umweltförderungsgesetz 1993 wurden 2000 41 neue Projekte der Fachdienststellen mit Baukosten von rd. ATS 623 Mio. (EUR 45,27 Mio.) eingereicht und 47 Förderverträge für Investitionen mit einer Barwertförderung im Ausmaß von rd. ATS 125 Mio. (EUR 9,08 Mio.) angenommen. An Bauzinsen- bzw. Annuitätzuschüssen konnten nach dem neuen Förderungssystem rd. ATS 52 Mio. (EUR 3,78 Mio.) vereinnahmt werden.

b) Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft:

Im Rahmen der 1993/1994 ins Leben gerufenen Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft konnten im Jahr 2000 47 Darlehen, die zur Erlangung von Bauzinsen- bzw. Annuitätzuschüssen nach dem Umweltförderungsgesetz sowie den dazugehörigen Förderungsrichtlinien – Siedlungswasserwirtschaft aufgenommen werden müssen, von über ATS 164 Mio. (EUR 11,92 Mio.) zugesagt werden.

Aufgrund dieser bzw. bereits in den Vorjahren getätigten Darlehenszusagen wurden 2000 rd. ATS 282 Mio. (EUR 20,49 Mio.) und somit insgesamt bereits mehr als ATS 2,6 Mrd. (EUR 188,95 Mio.) an Darlehensbeträgen ausbezahlt.

2. Altlasten

Im Bereich der Altlastensanierung wurden im Jahr 2000 die ersten zwei Projekte (Himmelteich und Hasswellgasse) endabgerechnet.

Die zu den bereits zugesicherten Projekten beantragten Mittel im Jahr 2000 konnten in Höhe von ATS 89.989.002,26 (EUR 6.539.755,84) vereinnahmt werden.

Katastrophenfonds

Das Land Wien gewährte gemäß Beschluss der Wiener Landesregierung vom 26. 9. 2000, Pr. Z. 0703/00-MDBLTG, zur Existenzsicherung der durch die Dürre im Jahre 2000 geschädigten landwirtschaftlichen Betriebe 2%ige Zinszuschüsse für im Zeitraum zwischen 1. Juni 2000 und 25. Oktober 2000 aufgenommene Bankkredite für landwirtschaftliche Betriebsmittel unter der Maßgabe, dass der Bund einen gleich hohen Beitrag leistet. Für diese Maßnahme wurde seitens des Landes Wien ein Betrag von ATS 34.537,64 (EUR 2.509,95) zur Verfügung gestellt.

Krankenanstaltenfinanzierung

Vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurden im Jahr 2000 Kostenersätze für Leistungen der Organgewinnung in Höhe von insgesamt ATS 10.115.791 (EUR 735.143,20) angewiesen.

Betriebsabgangsdeckung privater Krankenanstalten

Die aus den mit den Rechtsträgern der gemeinnützigen Ordensspitäler im Jahr 1998 abgeschlossenen Vereinbarungen zur teilweisen Deckung des Betriebsabganges resultierenden Akontozahlungen für das Jahr 2000 zuzüglich der Endabrechnungen für 1998 und 1999 in Höhe von insgesamt rd. ATS 288.780.000 (EUR 20.986.000) wurden zur Anweisung gebracht.

Betriebsabgangsdeckung öffentlicher Krankenanstalten

Dem Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds wurde im Jahr 2000 für die Auszahlung des von ihm festzustellenden 50%igen Betriebsabganges gemäß § 56 (2) Wiener KAG des Hanusch-Krankenhauses ein Betrag in Höhe von ATS 303.466.479 (EUR 22.053.769,10) zur Verfügung gestellt.

Internationale Organisationen

Im Jahr 2000 wurden für die Beteiligungen an den Unterbringungskosten internationaler Organisationen ein Betrag in der Höhe von ATS 13.472.059,55 (EUR 979.052,75) angewiesen.

Fonds

Zur Finanzierung der weiteren Geschäftstätigkeit sowie zur Sicherstellung der Ausfinanzierung der vom Fonds geplanten Maßnahmen wurden dem Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds Barmittel in Höhe von ATS 125 Mio. (EUR 9.084.104,27) im Wege von Nachdotationen zugeführt.

Das Land Wien beteiligte sich gemäß Beschluss der Wiener Landesregierung vom 26. 9. 2000, Pr. Z. 678/00-MDBLTG, gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice (AMS) an der Finanzierung des „Aktionsprogramms – Territorialer Beschäftigungspakt Wien 2000“, wobei seitens des Landes Wien ein Beitrag in Höhe von ATS 200 Mio. (EUR 14.534.566,83) geleistet wurde, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass auch das AMS einen zumindest gleich hohen Beitrag aufbringt. Das AMS hat diesen Beitrag auch geleistet.

Subventionen und Beiträge

Aus Subventionsmitteln der MA 5 werden private Organisationen und Einrichtungen für soziale Projekte und Aufgabenstellungen (insbesondere Nachbarschaftshilfe, Hilfe für Suchtkranke, allgemeine Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Seniorenhilfe etc.) gefördert. Dazu ist noch die Unterstützung der Projekte der verschiedenen Organisationen im Rahmen der ARGE Wohnplätze für Behinderte (neben der Schaffung von Beschäftigungstherapieplätzen) zu erwähnen.

Weiters werden wirtschafts- und berufsfördernde sowie wirtschafts- und sozialwissenschaftlich tätige Institutionen unterstützt. In Zusammenwirken mit dem AMS Wien wurden weiter Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose, Frauen und Suchtkranke gefördert. Die Wiener Landwirtschaft wurde weiter mit EU-kofinanzierten und nationalen Spartenförderungsmaßnahmen und eigenen Landesaktionen unterstützt, wozu noch die bisherigen Zuschüsse für den Kammerbetrieb der Wiener Landwirtschaftskammer kamen. Schließlich ist noch die Förderung des Ausbaus von Einrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und anderer jüdischer Organisationen anzuführen.

In den Sitzungen der verfassungsmäßig zuständigen Organe wurden Subventionen und Beiträge in der Gesamthöhe von rd. ATS 311,98 Mio. (EUR 22,67 Mio.) bewilligt.

Auf Grund von Dauerbeschlüssen des Gemeinderates wurden für Mitgliedsbeiträge an Institutionen im In- und Ausland und für sonstige laufende Förderungsbeiträge im Jahre 2000 insgesamt ATS 306,70 Mio. (EUR 22,28 Mio.) ausgegeben.

Beteiligungen

In Vollziehung der Beschlüsse des Wiener Gemeinderats wurden seitens der Stadt Wien folgende Beteiligungen eingegangen: Wiener Messen & Congress GmbH., LBR Wien „Logistik & Businesspark Rothneusiedl“ GmbH. und Telereal Telekommunikationsanlagen GmbH. Des Weiteren wurde der Anteil bei der Flughafen Wien AG nach Genehmigung durch den Wiener Gemeinderat auf Grund eines Aktienkaufs auf insgesamt 20 % aufgestockt.

IMBA

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 29. September 2000 beschlossen, dem Institut für Molekulare und Zelluläre Bioinformatik GmbH (IMBA) ein Darlehen in Höhe von max. ATS 216 Mio. (EUR 15.697.332,18) für den Neubau des Institutsgebäudes 3., Dr.-Bohr-Gasse und für den Grundstücksankauf zu gewähren.

IMB – Salzburg

Dem Institut für Molekularbiologie wurde gemäß Beschluss des Wiener Gemeinderats vom 14. Dezember 2000 ein Zuschuss zu den Gesamtkosten der Übersiedlung des Instituts von Salzburg nach 3., Dr.-Bohr-Gasse inklusive Grundstücks- und Gebäudeerrichtungskosten in Höhe von ATS 37,5 Mio. (EUR 2.725.231,28) gewährt.

Wiener Hafan

Der Wiener Hafan GmbH wurde auf Grund des Beschlusses des Wiener Gemeinderats vom 14. Dezember 2000 ein Zuschuss zu den Kosten der Erneuerung der Spundwand im Hafan Albern in Höhe von ATS 45 Mio. (EUR 3.270.277,54) gewährt.

Wirtschaftsförderung

In Fortführung der bereits länger bestehenden Förderungsaktionen wurden z. B. 430 Kreditanträge für die **Gemeinsame Kreditaktion** verzeichnet, wovon 422 Anträge positiv erledigt werden konnten. Bedingt durch das verstärkte Engagement des Bundes und der Wiener Wirtschaftskammer sowie im Hinblick auf die Vielzahl der Anträge wurde der finanzielle Beitrag der Stadt Wien mit Gemeinderatsbeschluss vom 17. März 2000 wieder mit ATS 15 Mio. (EUR 1.090.092,51) festgesetzt. Im Rahmen der **Aktion zur Niederlassung von praktischen Ärzten in Wien** kam es zu 6 Kreditneuergaben mit einem Gesamtkreditvolumen von ATS 1,8 Mio. (EUR 130.811,10).

Auch hinsichtlich jener Förderungsaktionen, die im Interesse einer Zentralisierung des Förderungswesens beim Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) beantragt und geprüft werden, ist neuerlich eine starke Inanspruchnahme im Jahr 2000 festzustellen. So wurden im Rahmen der **Wiener Strukturverbesserungsaktion** 35 Zuschüsse in Höhe von insgesamt ATS 89.813.664 (EUR 6.527.013,51) gewährt.

Zur Förderung von Investitionen im Bereich der **Aktion C-Tech- und Telematik** wurden 221 Zuschüsse in Höhe von insgesamt ATS 83.459.274 (EUR 6.065.221,98) vergeben. Bei der mit Beschluss des Gemeinderats vom 29. Juni 2000 eingestellten Aktion zur Förderung zusätzlicher hoch qualifizierter Mitarbeiter in Wiener Klein- und Mittelbetrieben (**Initiative „Qualifizierte Mitarbeiter“**) wurden im Jahr 2000 64 Zuschüsse gewährt, die ein Gesamtvolumen von ATS 13.784.161 (EUR 1.001.734,05) auslösten. In der **Aktion zur Nahversorgungsförderung** konnten 476 Fälle mit einem Volumen von ATS 51.478.283 (EUR 3.741.072,72) positiv erledigt werden.

Im Rahmen der **Wiener Unternehmensgründungsaktion** wurden im Jahr 2000 289 Anträge mit einem Volumen von ATS 41.065.863 (EUR 2.984.372,65) positiv erledigt.

Mit Beschluss des Wiener Gemeinderats vom 3. Mai 1999, Pr.Z. 88/99-GFW wurde die Adaptierung der Förderungsrichtlinien der **U-Bahn-Hilfsaktion** zur Unterstützung von, durch den U-Bahnbau in ihrer Existenz bedrohten, Handels- und Gewerbetreibenden genehmigt. 2000 wurden insgesamt 28 Betriebe mit einem Betrag von ATS 744.012,32 (EUR 54.069,48) gefördert.

Im Zuge der Aktion **„Gewerbeorientierte Blocksanierung“**, bei der ansässigen Betrieben ganzer Baublöcke eine betriebswirtschaftliche Beratung angeboten wird, wurden im Jahr 2000 ATS 1,2 Mio. (EUR 87.207,40) für 9 Gebiete zur Verfügung gestellt.

Trans Koop Wien – Aktion zur Förderung von Wissenschaftstransfer und Kooperationen

Die Aktion **„Trans Koop Wien – Aktion zur Förderung von Wissenschaftstransfer und Kooperationen“** hatte mit 8 positiven Anträgen – bei einem Fördervolumen von ATS 10.297.396 (EUR 748.340,95) – einen derart positiven Effekt auf die Wiener Wirtschaft, dass mit Beschluss des Wiener Gemeinderats vom 22. November 2000 eine Laufzeitverlängerung um ein weiteres Jahr beschlossen wurde.

Betriebliche Umweltförderung

Zur Förderung des vorsorgenden betrieblichen Umweltschutzes wurden im Rahmen des **Öko Businessplan Wien** im Jahr 2000 15 Förderungsanträge in der Höhe von ATS 6.136.511 (EUR 445.957,65) anerkannt.

Da Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft auch weiterhin von größter Bedeutung sind, wurden im Rahmen der **Wiener Innovations- und Technologieförderungsaktion** 54 Fälle mit einem Gesamtbetrag von ATS 97.576.000 (EUR 7.091.124,47) positiv erledigt. Davon entfallen auf die einzelnen Projektphasen folgende Beträge:

Forschung und Entwicklung ATS 94.108.000 (EUR 6.839.095,08)

Wirtschaftliche Umsetzung ATS 3.468.000 (EUR 252.029,39)

Mit der im Jahr 1999 neu geschaffenen Aktion **„Gewerbehofinitiative zur Abgeltung von Betreiberleistungen“** wird Betriebsschließungen bzw. -abwanderungen aus dem Wiener Stadtgebiet ins Umland entgegengewirkt. 2000 wurden drei Gewerbehöfe mit einem Volumen von ATS 7.493.220 (EUR 544.553,53) positiv genehmigt.

Neben den genannten Förderungsaktionen erfolgten immer wieder spezielle bedarfsorientierte Maßnahmen der Wirtschafts- bzw. der Technologieförderung.

Um die Nahversorgungsfunktion der gewachsenen innerstädtischen Einkaufsstrassen weiterhin zu erhalten und zu verbessern, wurden auch 2000 wieder ATS 15 Mio. (EUR 1.090.092,51) für die **Wiener Geschäftsstraßenförderungsaktion** und ATS 7,5 Mio. (EUR 545.046,26) für den Sonderprojektrahmen für Geschäftsstraßenaktivitäten aufgebracht.

Über diesbezügliche Beschlüsse des Wiener Gemeinderats wurde die Beteiligung Wiens am K+-Programm betreffend das Kompetenzzentrum **„BMT – Biomolekular Therapeutics“**, das Kompetenzzentrum **„VRVIS – Virtual Reality and Visualisation“** und das Kompetenzzentrum **„ACV – Advanced Computer Visiion“** in einer Bandbreite von 21,66 bis 22,07 % der Gesamtkosten genehmigt.

Die Beteiligung Wiens am Kind-Programm und am Knet-Programm wurde über diesbezügliche Beschlüsse des Wiener Gemeinderates betreffend das Kompetenzzentrum **„EC 3 – E-Commerce Competence Center“** und das Kompetenznetzwerk **„Austrian Aeronautics Research“** in einer Bandbreite von 3,1 % bis 20 % der Gesamtkosten genehmigt. Mit Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 22. November 2000 wurde zur Finanzierung der Errichtung von themenspezifischen Forschungs- und Technologiezentren die Gewährung eines zinsfreien Darlehens in Höhe von ATS 600 Mio. (EUR 43.603.700,50) an den WWFF sowie die Übernahme einer Haftung der Stadt Wien in Höhe von ATS 600 Mio. (EUR 43.603.700,50) genehmigt.

Maßnahme zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Bei dieser Förderungsmaßnahme handelt es sich um eine gemeinsame Maßnahme der Europäischen Gemeinschaft, des Bundes und des jeweiligen Bundeslands zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse des österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums.

Im Rahmen dieser Maßnahme wurden über diesbezügliche Beschlüsse der Wiener Landesregierung zwei Betriebe aus dem Bereich Herstellung von Feinkostprodukten auf Milch- und Gemüsebasis sowie Produktion von Flaschenweinen gefördert. Das Förderungsvolumen belief sich auf insgesamt ATS 8.354.000 (EUR 607.108,86) wobei die Anteile des Landes ATS 1.726.520 (EUR 125.471,10), des Bundes ATS 2.589.780 (EUR 188.206,65) und der Europäischen Gemeinschaft ATS 4.037.700 (EUR 293.431,10) betragen.

Zinsfreie Kanaldarlehen

Im Rahmen dieser – im gesundheits-, umwelt- und sozialpolitischen Interesse gelegenen – Aktion kann die Stadt Wien zinsfreie Darlehen für die Dauer von 5 Jahren gegen grundbücherliche Sicherstellung für den Anschluss bereits bestehender Eigenheime an das öffentliche Kanalnetz gewähren. Im Rahmen dieser Aktion wurden im Rechnungsjahr 2000 insgesamt ATS 141.274 (EUR 10.266,78) zugezählt.

Ersatzvornahmen

Der MA 5 obliegt es die Erledigung der Ersatzvornahmen durchzuführen.

Insgesamt wurden im Rechnungsjahr 2000 ATS 1.720.090,25 (EUR 125.003,83) zur Begleichung von Rechnungen an diverse Firmen ausbezahlt und der Rückersatz den Verpflichteten vorgeschrieben und zur Gebühr gestellt. ATS 1.850.563,90 (EUR 134.485,72) konnten auf der Einnahmeseite als einlangende Rückzahlungen verzeichnet werden.

Im Dezember 1999 ergab sich ein Saldo an noch ausstehenden Ersatzvornahmekosten von ATS 5.544.203,63 (EUR 402.912,99). Nach Hinzurechnung von ATS 1.720.090,25 (EUR 125.003,83) an Ausgaben und Abzug von ATS 1.850.563,90 (EUR 134.485,72) an Einnahmen ergibt sich für 2000 ein Saldo in der Höhe von ATS 5.413.729,98 (EUR 393.431,10).

Rechnungsamt (MA 6)

1. Die 6^{er} stellt sich vor

Die MA 6 – Rechnungsamt ist mit ihren mehr als 50 Dienststellen und rund 1.000 MitarbeiterInnen Servicestelle für die BürgerInnen Wiens und für die Magistratsdienststellen der Stadt Wien. Unsere wichtigsten Aufgaben sind:

- Vorschreibung und Einbringung aller Forderungen der Stadt aus Entgelten für Leistungen, aus Abgaben und aller sonstigen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen
- Sicherstellung der vertragskonformen und zeitgerechten Bezahlung aller Zahlungsverpflichtungen der Stadt
- Sicherung der ordnungsgemäßen Buchführung für den Magistrat der Stadt Wien
- Verfassung der Teilrechnungsabschlüsse, Bilanzen und Jahresabschlüsse nach der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) sowie im Sinne des Handelsgesetzbuchs (HGB)

Für die Erfüllung unserer Aufgaben stehen uns hoch qualifizierte MitarbeiterInnen und ein ausgereiftes, sicheres und erprobtes EDV-System zur Verfügung.

Die Zielrichtung unserer Weiterentwicklung

- **Hebung der Kundenzufriedenheit** durch Ausweitung des One Desk-Services (der Bürger will nicht weitergeschickt werden), Anbieten neuer EDV-Techniken (eCash, Telebanking, „Plastikgeld“, eCommerce), Freundlichkeit, Humor und Kompetenz.
- **Rationalisierung** durch Rücknahme unwirtschaftlicher Verwaltungsabläufe, Abbau von Mehrfachkontrollen, Durchleuchtung von Vorschriften auf ihre Sinnhaftigkeit, moderne Prüfverfahren.
- **Weiterentwicklung zum „echten“ Dienstleister** mit den Fragestellungen „Werden unsere Leistungen auch nachgefragt?“, „Wer sind unsere Auftraggeber, was erwarten sie von uns, sind sie bereit für die Leistung zu bezahlen?“, „In welchen Bereichen sind wir nicht konkurrenzfähig – und warum nicht?“

2. Die Schwerpunkte im Jahr 2000

Neuorganisation der Aus- und Fortbildung

Im Einvernehmen mit der Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie (MD-VA) haben wir unser Aus- und Fortbildungsprogramm reorganisiert und „entstaubt“. Seit dem Start im Oktober 2000 durchlaufen unsere MitarbeiterInnen, abhängig von Dienstzeit, Qualifikation und Funktion folgende Aus- bzw. Fortbildungsstufen:

- Basisschulung
- Fachschulung
- Fortbildung für Führungspersonen
- Operatorenfortbildung
- Workshops für DienststellenleiterInnen und deren StellvertreterInnen

Verbesserung der Finanzinformationssysteme

Die EDV-Applikationen für Budgeterfassung und Budgetinformation auf den Ebenen des Magistrats, der Bezirke und der Dienststellen des Wiener Krankenanstaltenverbundes wurden in das Intranet eingebunden. Sie ermöglichen die Abfrage laufender, aber auch historischer Budgetdaten, in allen notwendigen oder gewünschten Verdichtungsstufen für alle dazu berechtigten User.

Informationen über Personalkosten

Als Vorstufe für ein flächendeckendes Leistungscontrolling für den gesamten Magistrat wurde im Geschäftsbereich der Buchhaltungsabteilung 1 – Personal die Überrechnung der Personalkosten auf Kostenstellen automatisiert und „Betriebsabrechnungsbögen“, die klassischen Kostenrechnungsauswertungen, erzeugt. Mit diesem Schritt ist es möglich, alle Dienststellen des Hoheitsbereiches, deren Personalkosten im Budgetvollzug auf Sammelsätzen nachgewiesen werden, monatlich mit aktuellen Informationen über ihre Personalkosten zu versorgen. Gleichzeitig werden die kalkulatorisch umgelegten Gemeinkosten sowie der Sachaufwand dargestellt.

Ausweitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs

Im Jahr 2000 wurden den Bürgern in verschiedenen Bereichen die Zahlungsmöglichkeiten an die Stadt Wien erleichtert:

- Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs für die Friedhöfe in Zusammenarbeit zwischen Buchhaltungsabteilung 9 – Friedhöfe und MA 43
- Möglichkeit der bargeldlosen Zahlung im Kassenbereich der Krankenanstalt Rudolfstiftung im Zusammenwirken mit der Buchhaltungsabteilung 24 – Rudolfstiftung
- Bar- oder Bankomatzahlung als Ersatz für den Verkauf von Bundesstempelmarken und Verwaltungsabgabemarken im Bereich der Stadthauptkasse
- Ausweitung der bargeldlosen Einzahlungen bei Stadtkassen mit Bankomat- und Kreditkarten
- Für die Bewohner der Bezirke mit Parkraumbewirtschaftung besteht seit November 2000 die Möglichkeit, ihren Antrag auf Ausstellung eines „Parkpickerls“ über Internet zu stellen und dabei gleichzeitig die damit verbundene, pauschalierte Parkometerabgabe inklusive Bundesstempelgebühren und Verwaltungsabgabe elektronisch zu entrichten. An elektronischen Zahlungsarten werden die Bezahlung mit Kreditkarten (VISA, Eurocard-Mastercard, Diner's Club) oder mittels Online Services der BAWAG und der Bank Austria AG angeboten.
- Für die Bezahlung von Gebühren nach Auffassung der Stempelmarken wird neben der Barzahlungsmöglichkeit oder der Bezahlung mit Bankomat-Karte auch die Einzahlung unter Verwendung von Zahlscheinen ermöglicht.

Wir machen unseren Belegen und Akten Beine

Unser Bemühen Arbeitsabläufe zu optimieren, Papierfluten einzudämmen, Prozesse wirtschaftlich zu betrachten, moderne EDV-Techniken zu nutzen und statt Bürgern und Beamten die Belege und Akte laufen zu lassen, haben Erfolg gezeigt:

- Der mit Zustimmung des Kontrollamts im Bereich der Buchhaltungsabteilung 11 – Wiener Wohnen durchgeführte Test „Wirtschaftliche Rechnungsbehandlung“, eine Kosten sparende und trotzdem effiziente Rechnungsprüfung unter Anwendung anerkannter wissenschaftlicher Verfahren (z. B. Benford'sches Prinzip, Zufallsgeneratoren, Bonitätsminderungen), wurde erfolgreich abgeschlossen und harret seiner endgültigen Realisierung. Wir erwarten uns aus der praktischen Anwendung sowohl eine weitere Verkürzung der Verweildauer von Firmenrechnungen in den Buchhaltungsabteilungen und eine daraus resultierende Minimierung von Firmenanfragen als auch Gewinne an Personalressourcen. Als Nebenprodukt dieses Tests ist es gelungen, die physische Übermittlung von mehr als 1 Million Rechnungen von den Buchhaltungsabteilungen an die Stadthauptkasse einzustellen. Ermöglicht wurde diese Rationalisierungsmaßnahme durch die elektronische Archivierung aller Belege in Form von Bilddateien (Images). Die vorher manuell durch die Stadthauptkasse vorgenommene Prüfung der Rechnungen auf Zahlungsverbote konnte durch dieses Verfahren weiter automatisiert werden. Diese moderne Form der Belegablage ermöglicht den unmittelbaren Zugriff aus dem Buchungssatz der Haushaltsverrechnung auf den digitalisierten Urbeleg. Die Zugriffsberechtigungen wurden bereits an das Kontrollamt, an die Magistratsdirektion und mehrere anordnungsbefugte Dienststellen vergeben.
- Die neue Form der Belegablage ist gleichzeitig Voraussetzung für den Pilotversuch „Telearbeit“. Es konnte der physische Belegtransport zur Bearbeitung an die Telearbeiter (z. B. Rechnungsprüfung) durch den elektronischen Datentransport ersetzt werden.

Schwerpunkte im EDV-Bereich

Durch die Programmiergruppe der Zentralbuchhaltung waren im Jahr 2000 neben der laufenden Betreuung unserer in hohem Ausmaß EDV-orientierten Dienststellen eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung bereits bestehender Applikationen wahrzunehmen:

- Im Bereich der Buchhaltungsabteilung 4 – Soziales die Automatisierung von Beihilfenauszahlungen aus dem Datenbestand der MA 12,

- die automatische Überrechnung von Pflegeentgelten und Sozialhilfetaschengeldern an die einzelnen Ansätze für Pflegeheime durch die Buchhaltungsabteilung 20 - Pflegeheime,
- ebenfalls aus diesem Geschäftsbereich Vorarbeiten für die Integration der Verrechnung städtischer Pflegeheime in das Klientenverwaltungssystem und die Übernahme der Abrechnungsdaten in die Haushaltsverrechnung der Stadt Wien,
- forcierte Implementierung des Programmpaketes EVA (Einnahmengerbung mit Vorschreibungs- und Abstattungsautomatik),
- Schnittstellenprogrammierung für den Datenaustausch zwischen SAP und UHU (Universelle Haushaltsbuchführung auf UNIX).

Zusätzlich zu den bereits angeführten Schwerpunkten im Jahr 2000 waren bereits umfangreiche Vorarbeiten für Meilensteine des Jahres 2001 und des Jahresbeginns 2002 mit umfangreichen Auswirkungen auf die Datenverarbeitung nötig:

- Der Voranschlag für das Verwaltungsjahr 2002 muss erstmalig auf der Basis von Nettobeträgen (ohne Umsatzsteuer) erstellt werden,
- dem Wiener Krankenanstaltenverbund wird mit 1. Jänner 2002 der Unternehmungsstatus zuerkannt,
- am 1. Jänner 2002 wird der Schilling durch die Euro-Währung ersetzt und bedingt in der Vorlaufzeit die doppelte Preisauszeichnung nach den Bestimmungen des Euro-Währungsangabengesetzes (EWAG).

Alle aufgezählten „Highlights“ der nahen Zukunft bedürfen eines enormen programmiertechnischen Aufwands in nahezu allen von uns eingesetzten Programmpaketten.

Außenabhängigkeiten beeinflussen die Innenorganisation

Organisationsänderungen in unserem Umfeld und Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen veranlassten uns zu Eingriffen in die bestehende Organisationsstruktur unserer Dienststellen:

- Die Sperre der Kinderklinik Glanzing nahmen wir zum Anlass, die Buchhaltungsabteilung 26 – Krankenanstalten West funktionell mit der Buchhaltungsabteilung 18 – Elisabeth- und Sophienspital zu vereinigen. Um die Betreuung der Patienten aus dem Einzugsgebiet des 17., 18. und 19. Bezirks weiterhin sicherzustellen und auch die Nähe zu den anordnungsbefugten Dienststellen des Wiener Krankenanstaltenverbundes beizubehalten, haben wir jedoch den Standort der ehemaligen Buchhaltungsabteilung 26 aufrecht erhalten und führen diese nunmehr als Außenstelle der Buchhaltungsabteilung 18 unter dem Namen Krankenanstalten West weiter.
- Die Zusammenlegung der Krankenanstalten Pulmologisches Zentrum und Psychiatrisches Krankenhaus Baumgartner Höhe zum Otto-Wagner-Spital sowie die im heurigen Jahr erfolgte Integration des Neurologischen Krankenhauses Maria-Theresien-Schlüssel in das Otto-Wagner-Spital erforderten eine Reihe von organisatorischen Eingriffen in bisher bestehende Arbeitsabläufe.
- Der Wegfall der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke mit März 2000 und die zum Jahresende 2000 wegfallende Steuer auf Speiseeis und alkoholfreie Getränke sowie die Ablösung der Abgabe auf Ankündigungen und Anzeigen durch die einheitliche, vom Bund eingehobene Werbesteuer bedeutet in naher Zukunft einen Wegfall von Geschäftsfeldern und eine Neuausrichtung der MA-6-Dienststellen in bürgerserviceorientierte Front-Offices und sach- und dienststellenorientierte Back-Offices, gegebenenfalls mit angeschlossenen Front-Offices.

3. Die neue Struktur der 6^{er}

Das im Auftrag des Magistratsdirektors am 13. Dezember 1999 gestartete Projekt „Weiterentwicklung des Rechnungswesens“ wurde am 27. September 2000 abgeschlossen. Die Weiterentwicklung des Rechnungswesens wurde damit zur unmittelbaren Aufgabe der MA 6. Die Komplexität der Aufgaben und Techniken erfordert eine neue sachorientierte Gliederung der Strukturen und eine neue zeitgemäße Führungsorganisation. Es erschien daher eine Umstellung der rein hierarchischen Struktur auf eine moderne Matrixstruktur mit weitgehender Verantwortungsübertragung auf die operative Ebene geboten.

Für die strategische Steuerung wurden Fachmanager (Fachbereiche, Stabsstellen) mit beratender und betreuender Dienstleistungsfunktion eingerichtet:

- A Abgaben und sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen
- B Businessmanagement und Dienststellenbetreuung
- C Controlling und Produktkalkulation
- D Daten- und Fachrevision
- E Einbringung und Kundenservice
- F Fortbildung und Qualitätsmanagement
- G Geschäftspartnerservice
- H Haushalts- und Buchführungsrecht sowie Steuerpflichten
- I Innenorganisation und Projektmanagement
- K Kassenorganisation
- P Personalmanagement

Die operative Steuerung umfasst:

- O Operative Leitung
- S Sekretariat und Kanzlei
- Stadthauptkasse
- Zentralbuchhaltung
- Erhebungs- und Vollstreckungsdienst
- die Back-Office-Dienststellen
- die Front-Office-Dienststellen

Der nach der Verantwortungsübertragung auf die einzelnen operativen Dienststellen verbleibende Weg der Weisungsbefugnis verläuft ausschließlich über die Operative Leitung. Damit ist eine Verflachung der Hierarchie erreicht.

4. Kurz- und mittelfristige Projekte, an denen wir arbeiten

- **Konzentration von Geschäftsfällen nach sachbezogenen Kriterien:**

Zusammenziehung der Verrechnung der Abgabenstrafen, ausgenommen Parkometerstrafen, im Back-Office der Stadtkasse für den 4., 10. Bezirk, der Selbstbemessungsabgaben im Back-Office der Stadtkasse für den 1., 8., 9. Bezirk und der amtlich bemessenen Abgaben im Back-Office der Stadtkasse für den 5., 6., 7. Bezirk.

Bürgernähe

- Ausweitung und Intensivierung eines bürgerfreundlichen Zahlungsservices und Zahlungsberatungsservices in allen Front-Office-Dienststellen (ident mit den derzeit bestehenden Stadtkassen) für sämtliche Einzahlungen zu Gunsten der Stadt Wien, aber auch Beratung und Auskunftserteilung für Auftragnehmer (Firmen) und Informationen und Hilfestellungen über eCommerce-Aktivitäten des Magistrats.
- Ausdehnung des Zahlungsservices auf alle Dienststellen der MA 6 mit dem Ziel, dass jeder Bürger bei jeder MA-6-Dienststelle jede Zahlung an die Stadt Wien tätigen kann.

Dienststellenservice

- Abschluss von Dienstleistungsvereinbarungen mit den anordnungsbefugten Dienststellen („Contracting“) mit dem Ziel der Prozessbereinigung, der klaren Zuständigkeitsabgrenzung und der internen Leistungsverrechnung.
- Für eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten und als großen Schritt in Richtung „papierloses Büro“ forcieren wir das Dokumentenrouting, das eine Akten- und Rechnungserledigung auf dem Bildschirm durch ausschließliche Übermittlung von Daten, ohne physischen Transport von Dokumenten in Papierform, ermöglicht.

Wirtschafts- und Technologieentwicklung (MA 26)

Arbeitsmarkt- und Konjunkturbeobachtung

Neben dem Verfolgen der Publikationen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) und des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) recherchierte die MA 26 auch für Wien relevante Ergebnisse von internationalen Standortvergleichen (Rankings). Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Wien (WKW) wurden die Schwerpunktthemen der WIFO-Konjunkturberichte festgelegt. Es wurden monatliche Kurzanalysen der Arbeitsmarktdaten erstellt. Die MA 26 wirkte auch in Begleitausschüssen einschlägiger Studien mit.

Beobachtung der EU-Politiken

Das regelmäßige Studium der Berichte und Mitteilungen der Europäischen Kommission (EK) bildet eine Voraussetzung für die Tätigkeit der MA 26. Für das Jahr 2000 sind hier insbesondere zu erwähnen: der Bericht der EK an den Rat über die Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik 1999, die Mitteilung der EK über die Strategien für den europäischen Binnenmarkt, die beschäftigungspolitischen Leitlinien der EK, der Bericht über die Tätigkeit der EU im Bereich Forschung und technologische Entwicklung sowie der Aktionsplan e-Europa.

Energie

Die MA 26 vertrat die Wiener Interessen im Elektrizitäts-Wirtschafts-Organisations-Gesetz-(ELWOG-)Beirat.

EU-Erweiterung

Im Strategieplan für Wien wird festgestellt: „Die Erweiterung der EU und die damit verbundene Neupositionierung Wiens im Zentrum des Binnenmarkts ist als die große Chance wahrzunehmen.“ Auf Basis dieser strategischen Orientierung der Wiener Wirtschaftspolitik betreute die MA 26 nachstehende INTERREG-Projekte:

- „Crossborder Cooperation for Central und East Europe“ (CCC) – Projektziel: Bündelung des in der Vienna Region bestehenden Know-how über Ost-West-Wirtschaftsaktivitäten
 - „Strukturpolitik und Raumplanung in den mitteleuropäischen Regionen an der EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Erweiterung“ (PREPARITY) – Projektziel: Umfassende Vorbereitung auf die EU-Erweiterung
 - „Arbeitsmarktmonitoring für mittel-südosteuropäische urbane Räume“ (REGIOLAB) – Projektziel: Abschätzung der Möglichkeiten der Einflussnahme auf Wanderungs- bzw. Pendlerbewegungen aus den grenznahen Stadtregionen
- Vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und der Dienstleistungsfreiheit für Wien, bildet die permanente Beschäftigung mit diesen Themenkomplexen die Basis, auf der die MA 26 Anteil an der Formulierung der Wiener Haltung in diesen Fragen nahm. Dazu diente auch die Teilnahme an den Koordinationssitzungen zur Erstellung der INTERREG III-Programme. Neben den Entwicklungen in den grenznahen Regionen wurde aber auch die Balkanpolitik der EU beobachtet und ein Grundlagenpapier zur wirtschaftlichen Bedeutung dieser Region für Wien erstellt.

Fachhochschulförderung

Bereits die Ausarbeitung der Richtlinie für die Fachhochschul-Förderung erfolgte durch die MA 26. Nach dem Aufbau eines Monitorings wird diese neue Förderung nunmehr auch durch die MA 26 abgewickelt.

Internationales

Die MA 26 vertritt Wien im Economic Development and Urban Reconstruction Committee (EDURC) von Eurocities (einer Lobbyingorganisation der europäischen Städte) und im Arbeitskreis „Wirtschaft und Tourismus“ der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Donauländer. Auch die Betreuung von fachspezifischen internationalen Delegationen (z. B. Wirtschaftsabteilung Budapest) ist an dieser Stelle zu erwähnen.

Netzwerke – Clusterbildung

In diesem Bereich koordinierte die MA 26 die Durchführung und die Betreuung einer Machbarkeitsstudie für eine Clusterinitiative im Bereich Automobil-Zulieferer für die Vienna Region in enger Abstimmung mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) und der ECO-Plus (niederösterreichische Wirtschaftsförderungsgesellschaft). Ebenso wurde an einem Konzept bezüglich „Ansatzpunkte für die Schaffung eines Bauclusters“ mitgewirkt.

Stadtteilplanung

Als Repräsentantin einer (volks-)wirtschaftlichen Sichtweise wirkte die MA 26 mit an der Ausarbeitung von „Entwicklungsstrategien für den Erdberger Mais“, an der Erarbeitung eines operationellen Programms für ein „Gürtelmanagement“, an der Erstellung des „Ziel 2 Programms“ sowie insbesondere am Strategieplan für Wien.

Stellungnahmen

Von der MA 26 wurden mehrere Antwortentwürfe für dringende Anfragen an den Wiener Gemeinderat erstellt. Ebenso erfolgten Stellungnahmen zu Positionsvorschlägen des ADR, zu Entwürfen des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft über die Anerkennung neuer Studiengänge sowie zu den Aktionsplänen e-Europe und e-Austria.

Studienvergaben

Neben den an anderer Stelle erwähnten Studien (Richtlinien und Organisation einer umweltschonenden Baulogistik (RUMBA), Machbarkeitsstudie: Automobilcluster) beteiligte sich die MA 26 in Rahmen des Wirtschaftskomitees von Eurocities an einer internationalen Vergleichsstudie über „städtische Innovationssysteme“ sowie an der Erstellung des „Wiener Gewerbestrukturberichts“. Von der Studie „Analyse der Wiener Wirtschaftsaktivitäten“ durch das WIFO wird ein tief gegliederter Aufschluss über die Entwicklung der Branchen in Wien erwartet.

Technologiepolitik/Innovation

Als Basis der Aktivitäten in diesem Bereich wurde von der MA 26 ein umfassender Überblick über „Die Wiener Innovations- und Technologiepolitik“ erstellt. Zur Herstellung fachlicher Kontakte nahm die MA 26 an zwei Workshops des Staff Training of Innovation and Technology Centers (STRAIN ITC) ebenso teil wie an den Technologie- und Wirtschaftsgesprächen des Forum Alpbach. Weiteres sind die Beurteilung von Studien(-vorschlägen) und die Teilnahme an Sitzungen der Lenkungsgruppe des Ökokauf-Projekts zu erwähnen.

Tourismus

Durch die Teilnahme an der Strategiegruppe des Wiener Tourismus Verbands (WTV) wirkte die MA 26 an der Erarbeitung einer zukunftsorientierten Ausrichtung („Wiener Tourismus Offensive 2001“) dieses für Wien sehr wichtigen Sektors mit.

Verkehr

Im Bereich der Verkehrspolitik gab es folgende Schwerpunkte der Tätigkeit der MA 26:

- Projektbegleitung bei den von der Stadt Wien in Auftrag gegebenen INTERREG-Projekte „Future Investment in Transport and Infrastructure in Central Europe“ (FIT) – Projektziel: Klärung der Herausforderungen durch die EU-Erweiterung im Bereich der Verkehrsinfrastruktur
- „Inter-Modal Cargo-Transport-Node Network Central Europe“ (IMONET) – Projektziel: Entwicklung eines multimodalen Knotennetzwerks
- Mitwirkung im Trans-Europäischen-Netz-(TEN-)Knoten Arbeitskreis
- „TEN and Corridor Nodes Position Management Network“ (TECNOMAN) – Projektziel: Aufbau eines Arbeitsnetzwerks von TEN und TINA-Korridor Knotenregionen
- Initiierung und Koordination des RUMBA-Projekts, das sich mit umweltschonender Baustellen- und Baustofflogistik befasst
- Einschätzung der EU-Entwürfe zur Deregulierung im Öffentlichen Personennahverkehr und Analyse des sich daraus ergebenden Handlungsbedarfs

Wiener Stadtentwicklungs-Holding GmbH

Unter Federführung der MA 26, aber in engster Kooperation mit der MA 5 und den zuständigen Fachdienststellen, wurde – auf Basis eines Gemeinderatsbeschlusses vom 4. Mai 2000 – die „Wiener Stadtentwicklungs-Holding GmbH“ gegründet. Ziel dieser operativen Gesellschaft der Stadt Wien ist die effiziente Entwicklung, Verwaltung und Verwertung von wichtigen Immobilien und Stadtentwicklungsprojekten. Für den Bereich St. Marx wurde eine Tochtergesellschaft gegründet.

Wiener Wirtschaftsbeirat

Im Berichtszeitraum fanden vier Sitzungen statt. Der Beirat empfahl die Schaffung einer Wiener Fachhochschul-Förderung, die Unterstützung eines Forschungszentrums für „Usability“ sowie die Schaffung einer „Wiener Technologieagentur“. Alle drei Projekte befinden sich bereits in der Realisierungsphase.

Zusammenarbeit

Ohne die enge Zusammenarbeit mit den einschlägigen Dienststellen wäre die Erfüllung der Aufgaben der MA 26 nicht möglich.

Städtische Friedhöfe (MA 43)

Auch im Jahr 2000 wurde der Tarif für die Bestattungsanlagen der Stadt Wien nicht abgeändert. Die letzte Änderung des Tarifs erfolgte mit Gemeinderatsbeschluss vom 9. Februar 1996 (Pr.Z. 155/95-GBIWST). Der Wirksamkeitsbeginn dieser Tarifierfassung war der 15. Februar 1996.

Im Jahr 2000 wurden auf den Wiener Städtischen Friedhöfen 18.569 Bestattungen durchgeführt, was gegenüber dem Jahr 1999 eine Erhöhung um 137 Fälle bedeutet. Konkret wurden 14.362 Sarg- und 4.207 Leichenaschenbestattungen vorgenommen.

Der Anteil der Beisetzungen von Leichenasche, gemessen an der Zahl der Gesamtbestattungen steigerte sich auf von zuletzt 21,1 % auf 22,7 %.

Von den insgesamt 18.569 Bestattungen fielen 14.926 oder 80,4 % auf Beilegungen in bestehende Sarg- und Urnengräber, 1.881 oder 10,1 % auf Neubelegungen in heimgefallenen Grabstellen, 207 oder 1,1 % auf Neubelegungen auf Erweiterungsflächen und 728 oder 3,9 % auf Beerdigungen von Verstorbenen gem. § 10 des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes in einfache Gräber des Wiener Zentralfriedhofes (1998: 640; 1999: 657).

Wie bereits angeführt, wurden im Jahre 2000 597 Särge (1999: 569) mit den sterblichen Überresten der Verstorbenen, die ihren Körper wissenschaftlichen Studien zur Verfügung gestellt haben, und 230 Särge mit bei Operationen entfernten Körperteilen (1999: 244) feuerbestattet.

Die Anzahl der 2000 angesuchten Deckplattenbewilligungen ist gegenüber dem Jahr 1999 um 64 auf 1.289 gestiegen.

In 19.405 Fällen wurden Benützungrechte an Grabstellen verlängert, was einer Verringerung um 116 entspricht; in 1.410 Fällen wurden insgesamt 4.098 Verstorbene exhumiert.

Tätigkeiten auf bautechnischem Gebiet

Auf sämtlichen Städtischen Friedhöfen bzw. in der Leichenkammer Wien 10. wurden laufend die notwendigen Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an den Verwaltungsgebäuden, Einfriedungen, Straßen und Wegen, dem Wasserleitungsnetz sowie an den elektrischen Leitungen, Kühlanlagen und Heizungsanlagen durchgeführt.



Die Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke Mag. Brigitte Ederer und der Direktor der Wiener Linien Dipl.-Ing. Günther Grois präsentieren die neue WAP-Anwendung der elektronischen Fahrplanauskunft der Wiener Linien: über die Adresse <http://wap.wienerlinien.at> kann man von seinem WAP-Handy aus das Serviceangebot der Wiener Linien abrufen.

Foto: Votava / PID

Nach fünfjähriger Generalsanierung wurde die architektonisch bedeutende Jugendstilkirche zum Hl. Karl Borromäus („Dr.-Karl-Lueger-Gedächtniskirche“) am Wiener Zentralfriedhof wieder eröffnet.

Foto: Votava / PID





Im Frühjahr 2000 erfolgte der Tunnelanstich für die neue Fernwärme-Haupttransportleitung unter der Donau zwischen den Kraftwerken Simmering und Donaustadt.

Foto: Katzler / media wien

Großes Gedränge herrschte um Bürgermeister Dr. Michael Häupl am 2. Dezember 2000 bei der Eröffnung der neuen U3-Teilstrecke bis zur geplanten Endstelle in Simmering.

Foto: Votava / PID



Es wurden insgesamt 843 komplette Grabfundamente, 915 Grabsteinfundamente, Einfassungsfundamente, 102 Piloten und 19 Gräfte von der MA 43 auf Grund von Kundenbestellungen in Auftrag gegeben und auf den Städtischen Friedhöfen errichtet.

In den Friedhöfen Altmannsdorf, Dornbach, Erlaa, Heiligenstadt, Hetzendorf, Hirschstetten, Kalksburg, Leopoldau, Oberlaa, Ober St. Veit, Pötzleinsdorf, Rodaun, Sievering, Stadlau und Stammersdorf-Ort wurden laufende Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Im Detail wurden auf den nachstehend angeführten Friedhöfen zusätzlich zu diesen Arbeiten folgende mittlere bis größere Vorhaben ausgeführt:

- Amtshaus
Umbau der WC-Anlage im 2. Stock, Kanalgebrecen im Keller behoben
- Aspern
Herstellung eines neuen Brunnens samt Pumpe, Leitungen und Elektroinstallationen, 80 Stk. Gruppen- und Reihenständer versetzt
- Atzgersdorf
Instandsetzung von Hartbetonplattenwegen sowie des vorhandenen Brunnens
- Baumgarten
Instandsetzung von 112 lfm Einfriedung aus Holz, 780 m² Straßen und Wege, Austauschen von 55 lfm Wasserleitungsrohren
- Breitenlee
Herstellung eines Kanzleigebäudes inklusive Nebenräume, einer neuen Aufbahrungshalle mit Nebenräumen, Abbruch der alten Halle, Instandsetzung von 184 m² Straßen und Wegen und des Friedhofstores
- Döbling
Ausmalen der Kanzlei und Verputzarbeit der Arkaden
- Eßling
Anstreicherarbeit am alten Einfahrtstor
- Gersthof
Fassade hofseitig instand gesetzt, Anstreicherarbeiten am Ein- und Ausgangsportal sowie Malerarbeiten am Eingang Halle durchgeführt, bei Verfallgräbern Steine abgetragen bzw. Fundamente entfernt
- Grinzing
Stützmauer entlang den Gruppen 8, 11 und 12 instand gesetzt
- Groß Jedlersdorf
38 lfm Holzeinfriedung und 360 m² Straßen instand gesetzt
- Hadersdorf Weidlingau
Austausch der Therme
- Hernals
Beginn der Instandsetzungsarbeiten an den Gruftarkaden mit einem Musterkompartiment (Baumeister, Steinmetz, Zimmermann, Spengler, Maler), Kanalsanierung entlang der gesamten Hauptstraße samt Schächten, Herstellung eines neuen Lagerschuppens samt Fundamentplatten und Zimmermannsarbeiten in der Gärtnerei, alte Steine abtragen, Fundamententfernung
- Hietzing
Reparatur der Mauer zum Maxingpark, Straßenbauarbeiten durchgeführt
- Hütteldorf
Herstellung von 7 Gräften für 6 Särge, 21 lfm Holzeinfriedung und „Gruppe 13“ Rohrgebrecen instand gesetzt
- Inzersdorf
Instandsetzung der Stufenanlage von der Aufbahrungshalle, Vorplatz der Aufbahrungshalle repariert
- Jedlese
28 lfm Holzeinfriedung instand gesetzt
- Kagran
29 lfm Holzeinfriedung instand gesetzt, Abbruch von 145 lfm alter schadhafter Ziegeleinfriedungsmauer und 70 lfm Holzeinfriedung
- Kaiserebersdorf
Baumeisterarbeiten an der Einfriedungsmauer in der Meidlgasse durchgeführt
- Lainz
Entfernung der Verschmutzung durch Sprayer von der Aufbahrungshalle, Behebung eines Rohrbruchs
- Liesing
Instandsetzung der Fassade, der Fenster und Türen der Aufbahrungshalle, Reparieren des Einfahrtstors und der Holzeinfriedung zum Sportplatz
- Mauer
Verblechung und Presskiesdach an der Aufbahrungshalle instand gesetzt

- Meidling
Durchführung von Malerarbeiten in den öffentlichen WC-Anlagen, Instandsetzung der Fassade der WC-Anlage in der Eibesbrunnergasse, Reparieren der Türen nach Einbruch, Abtragen und Einplanieren von 1.400 Grabstellen
- Neustift
Waschbetonplattenweg in der Gruppe 15 instand gesetzt, Herstellung eines Steinplattenwegs bei den Grüften
- Ottakring
Fassade der Aufbahnhalle 1, 371 m² Straßen im Friedhofsgelände, 245 m² Straßen in der Gärtnerei instand gesetzt, 77 lfm Rasenkantsteine in der Gärtnerei hergestellt, Errichtung einer Arbeitshalle in der Gärtnerei, Umbau und Instandsetzung des Gärtnereigebäudes baulich abgeschlossen
- Siebenhirten
Brunnenabdeckung instand gesetzt
- Simmering
Ausschneiden von Baumscheiben, Versetzen von Pollern, Sanieren der angrenzenden Straße, Sicherungsarbeiten an der Einfriedungsmauer durchgeführt
- Stammersdorf Zentral
52 lfm Einfriedung aus Holz und 407 m² Straßen instand gesetzt, Kelleraußenwand des Verwaltungsgebäudes isoliert
- Strebersdorf
Abbruch der alten Aufbahnhalle, Fertigstellung der neuen Aufbahnhalle inklusive Nebenräumen, Herstellung von 105 lfm Einfriedung und 568 m² Straßen
- Südwest
Durchführung diverser Maler- und Fliesenlegerarbeiten, Instandsetzung von Hartbetonplattenwegen, Einbauen von Türen in der öffentlichen WC-Anlage Hervicusgasse, Reparieren der nördlichen Einfriedungen, Instandsetzung der Wege im Urnenhain
- Süßenbrunn
Beginn der Planungsarbeiten für die neue Aufbahnhalle
- Simmeringer Feuerhalle
Errichtung eines hölzernen Lagerschuppens in Gruppe 4, eines Sandlagerplatzes, Instandhaltung von Portierloge, Sozial- und Arbeitsräumen (Malerarbeiten, Fensterreparaturen etc.), Spengler- und Dachdeckerarbeiten an den Gebäuden, Fassaden instand gesetzt, Sicherungsarbeiten an der Urnenmauer, 10 Mauerbögen komplett instand gesetzt, die Ofenanlage wurde gewartet, der Unterofen des Ofens 3 wurde neu ausgemauert.
- Städtische Steinmetzwerkstätte
In der Verwaltung und den Unterkünften wurden diverse Restarbeiten vorgenommen, nach einem größeren Einbruch musste die Zentralsperranlage erneuert werden. Der Lagerplatz wurde eingeebnet und planiert.
- Wiener Zentralfriedhof
In der Friedhofsgärtnerei wurde die Schattierungsanlage für Dekorationspflanzen erneuert. Die Sozialräume der Beerdigung im Kellergeschoss der Aufbahnhalle 1 wurden erweitert und neue Räumlichkeiten als Ersatz für die Beerdigungsräumlichkeiten im Objekt 7 erschlossen. Im Zuge dieser Arbeiten wurde eine Fahrradgarage errichtet und das Kanalsystem musste instand gesetzt werden.
Das Haupttor II wurde generalsaniert, eine neue Portierloge errichtet. Die Einfahrtssituation in den Zentralfriedhof wurde verbessert, die Bushaltestelle erneuert und ein Acces Point errichtet. Die Straßenfassaden der Häuser Nr. 232 und 236 wurden instand gesetzt. Die Friedhofskirche zum hl. Karl Borromäus wurde im Oktober feierlich wiedereröffnet, die Sanierungsarbeiten an der Kirche selbst und den Außenanlagen sind somit fertig gestellt. Die Weiterführung der Arbeiten erfolgt 2001 mit der Sanierung der rechten und linken Kolumbarien. In der Gruppe 35 B wurde mit dem Bau einer Gedenkstätte für tot- und fehlgeborene Kinder begonnen (inklusive der dazugehörigen Infrastruktur). Laufende Instandsetzungsarbeiten an sämtlichen Objekten, Wegen und der Wasserleitung, welche trotz großer Hitze im Jahr 2000 den erhöhten Nutzwasserbedarf für die Gießzwecke stillen konnte.

Tätigkeiten auf gartenbautechnischem Gebiet

Bei der **Ausgestaltung und Begrünung von Friedhofsflächen** wurden 670 Bäume und 2.200 lfm Hecken gepflanzt. Heimgefallene Grabstellen, auf denen seltene oder schöne Bäume stehen, wurden nicht zur Wiedervergabe freigegeben, sondern im Sinne der Umwelterhaltung zu Baumplätzen umgewidmet, um einen dendrologisch wertvollen Baumbestand zu erhalten. Es wurden 5.308 Bäume durch Kronenschnitte fachgerecht ausgeglichen. 796 Bäume wurden aus dem Bestand genommen, da sie die physiologische Altersgrenze erreichten. Gleichzeitig wurden 1.882 lfm Hecken wegen Überalterung gerodet. Ein Formschnitt erfolgte bei 119.083 lfm Hecken. Für die Freigabe zur Wiedervergabe von 995 heimgefallenen Grabstellen waren umfassende Rodungsarbeiten nötig. Weiters erfolgte die Fortsetzung der amtswegigen Verlegung von Urnengrabstellen unter 1 m² auf dem Gelände der Feuerhalle Simmering,

des Friedhofs Meidling, Liesing und Ottakring im Tausch gegen 1 m² große Grabstellen. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres wurde die Betreuung der Kriegsgräberanlagen in den Städtischen Friedhöfen fortgesetzt.

Die jährlich durchgeführte Säuberung des Wiener Zentralfriedhofs umfasste im Jahr 2000 eine Gesamtfläche von 1.131.130 m². Die mechanische Unkrautbekämpfung auf den Friedhofswegen umfasste eine Fläche von 398.462 m². Die verwahrlosten Grabstellen wurden ebenfalls mechanisch vom Unkrautbewuchs gesäubert und dreimal gemäht, um eine Verbesserung des Friedhofsbilds zu erreichen. Ebenso wurden 37.745 Pflegeaufträge an Grabstellen durchgeführt sowie in allen Friedhöfen der erforderliche Baum- oder Heckenschnitt und die erforderlichen Pflegearbeiten durchgeführt.

Die Kundenpreise für friedhofsgärtnerische Leistungen (Grabschmückungen) wurden für 2000 gegenüber den Preisen von 1999 um ca. 4 %, bei der Pflege um ca. 8 % erhöht.

Neben der Erfüllung von 37.745 Grabpflegeaufträgen und den diversen Grabschmückungsaufträgen sowie der Herstellung von Kranzgebinden wurde von der Städtischen Friedhofsgärtnerei die Aufzucht von ca. 1,28 Millionen Blütenpflanzen für den Eigenbedarf durchgeführt. Die Schmückung der Ehrengräber, Kriegergräber und Opfergräber erfolgte unter Beistellung des erforderlichen Pflanzenmaterials.

Im Zuge der Fertigstellung der Karl-Borromäus-Kirche auf dem Wiener Zentralfriedhof wurden 50 m³ Kulturerde für Bepflanzungen zugeführt. Weiters wurden 2.700 m² Fertigrasen verlegt, 44 Sträucher und 1.860 Stück Blütenpflanzen verpflanzt.

Widmungen

Nachstehende Gräber von verdienten Persönlichkeiten wurden als Ehrengräber (auf Friedhofsdauer) vergeben, bzw. ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmet und in Obhut der Stadt Wien übernommen sowie nur ehrenhalber auf Friedhofsdauer ohne Inobhutnahme gewidmet:

Zugang der gewidmeten Grabstellen im Jahre 2000:

Friedhof Dornbach

Strohmayer Anton (beerdigt am 23. 12. 1937), Schrammel-Musiker, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer, Gr. 30, Nr. 45

Friedhof Döbling

Fellinger Karl Dr. Univ. Prof. (beerdigt am 23. 11. 2000), Internist, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer, Gr. 24, R. 2, Nr. 1

Tressler Otto (beerdigt am 3. 5. 1965), Hofschauspieler, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien, Gr. 25, Nr. G16

Friedhof Grinzing

Flossmann Martin Dr. (beerdigt am 8. 3. 2000), Kabarettist, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer, Gr. 8, R. 3, Nr. 3

Friedhof Heiligenstadt

Berry Walter Prof. (beerdigt am 8. 11. 2000), Kammersänger, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer, AT Gr. 1, Nr. 263

Friedhof Hütteldorf

Koos Wolfgang Dr. Univ.-Prof. (beerdigt am 12. 4. 2000), Neurochirurg, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer, Gr. 1, Nr. 97

Wiener Zentralfriedhof

Kemmer Joachim (beerdigt am 9. 5. 2000), Schauspieler, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer, Gr. 40, Nr. 98

Jandl Ernst (beerdigt am 26. 6. 2000), Schriftsteller, Ehrengrab, Gr. 33G, Nr. 29

Moratti Rudolf (beerdigt am 16. 3. 2000), Bildhauer, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer, Gr. 40, Nr. 99

Reyer Walther (beerdigt am 17. 9. 1999), Kammerschauspieler, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien, Gr. 40, Nr. 100

Schütte-Libotzky Margarete (beerdigt am 7. 2. 2000), Architektin, Ehrengrab, Gr. 33G, Nr. 28

Teschner Richard (beerdigt am 9. 7. 1948), Akademischer Maler, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien, Gr. 72A, R. G1, Nr. 32.

Statistisches Amt der Stadt Wien (MA 66)

Die Hauptarbeit der Abteilung umfasst drei Tätigkeitsfelder:

- **Ermittlung von Daten** durch Erhebungen sowie aus dem Verwaltungsvollzug
- **Aufbereitung und Analyse der Daten**
- **Veröffentlichung von aggregierten Daten** in Print- und EDV-Medien

Ermittlung von Daten

Als Vorbereitung für die **Großzählung 2001** wurde mit Stichtag 10. Mai 2000 nach den Probezählungen 1998 und 1999 die **Generalprobe** in Teilen des 4., 10., 16., 20. und 21. Bezirks durchgeführt.

Das Ergebnis der Generalprobe hat gezeigt, dass der Abgleich der Wohnsitzangaben der Bevölkerung vor Ort mit den Meldedaten der Meldebehörde das größte Problem der kommenden Volkszählung sein wird. Da dieser Abgleich der Wohnsitzangaben zu einer Bereinigung der Meldedaten führen und die Grundlage für den Aufbau des Zentralen Melderegisters sein soll, ist melderechtlich ein vereinfachtes Ab- und Anmelden von Personen vorzusehen. Um für den Abgleich der Wohnsitzangaben einen möglichst optimalen Datenbestand zu erhalten, wurden die Meldedaten der Polizeidirektion Wien mit der Bevölkerungsevidenz des Magistrats zusammengeführt.

Eine weitere Erkenntnis der Generalprobe war die schlechte Erreichbarkeit mancher Bevölkerungsgruppen. Um eine möglichst vollständige Erfassung der Bevölkerung zu erreichen, ist nach der Ersterhebung eine Nacherhebungsphase einzuplanen.

Die im Zuge der Generalprobe gemachten Erfahrungen mit der EDV-Applikation führten zu Änderungswünschen, die von der MA 14 programmtechnisch umzusetzen waren.

Die sozialversicherungs- und steuerrechtliche Stellung der Zählorgane konnte im Zusammenwirken mit den sachlich zuständigen Bundesdienststellen und dem Österreichischen Städtebund einer Klärung zugeführt werden. Magistratsintern wurde die Aufwandsentschädigung für die Zählorgane ausverhandelt, wobei nach der Art und Anzahl der abgegebenen Zählpapiere bezahlt wird.

Durch eine Öffentlichkeitskampagne soll die Wiener Bevölkerung auf die Großzählung vorbereitet und das Bewusstsein geschaffen werden, sich mit Hauptwohnsitz in Wien zählen zu lassen.

Das von der Abteilung beauftragte **EU-Projekt CEE-Cities-Audit** wurde abgeschlossen. Die vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche gesammelten Wohlfahrtsindikatoren für elf ostmitteleuropäische und südosteuropäische Städte erbrachten allerdings nur bedingt vergleichbare Ergebnisse. Die Bemühungen zur Gewinnung städtischer Vergleichsdaten in der EU und Ostmitteleuropa werden von der Abteilung fortgesetzt.

Die **laufende Datenermittlung** der Abteilung umfasste im abgelaufenen Jahr primärstatistische Erhebungen in den Bereichen Mikrozensus, Wohnbau-, Preis-, Tourismus- und Kulturstatistik. Sekundärstatistische Bearbeitungen erfolgten vor allem in der Bevölkerungs-, Schul-, Gesundheits-, Sozial- und Arbeitsmarktstatistik.

Aufbereitung und Analyse der Daten

Die durch Erhebung und aus dem Verwaltungsvollzug ermittelten Daten wurden einerseits für die Print- und EDV-Medien in **Tabellen** aufbereitet und andererseits in einer Reihe von Projektarbeiten analysiert.

Die Arbeiten an dem **Zeitreihenprojekt** Wien 1945 bis 2000 wurden weitergeführt. Es soll im Jahr 2001 ein Grundstock von Zeitreihen über alle Bereiche der Stadt publiziert und ins Internet gestellt werden. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Darstellung Wiens im internationalen Städtevergleich. So wurde **Wiens Position als Wirtschaftsstandort** untersucht. Weitere Analysen betrafen Wiens Stellung im europäischen Städtetourismus. Ein besonderes Augenmerk wurde der Darstellung der konjunkturellen Entwicklung Wiens im Vergleich zu Österreich gewidmet.

Veröffentlichung von aggregierten Daten

Das in Tabellen und Grafiken aufbereitete Datenmaterial wird in Print- und elektronischen Medien veröffentlicht. Das **Statistische Jahrbuch** enthält ein umfassendes Datenangebot über alle Bereiche Wiens. Das **Statistische Taschenbuch** bietet ausgewähltes Datenmaterial über Wien an. Der Folder **Wien in Zahlen** liefert ein Grundgerüst von Daten über Wien. Wien in Zahlen erschien 2000 erstmals mit Grafiken.

Die **Statistischen Mitteilungen der Stadt Wien, Neue Folge**, eine weitere statistische Publikation, haben vor allem Fachartikel mit Datenanalysen zum Inhalt. Die publizierten Fachartikel spiegeln die Neupositionierung dieser Zeitschrift in Richtung Städte-Ranking und Standortbestimmung Wiens wider.

Im Zuge der Versendung des Statistischen Jahrbuchs wurde ein Fragebogen (Kundenbefragung 2000) beigelegt, der Erkenntnisse über die Akzeptanz mancher Umstellungen im Datenangebot und gleichzeitig Hinweise auf noch offen gebliebene Kundenwünsche (Kundenbefragung 1998) erbringen soll.

Trotz der Aufnahme neuer Kapitel (Wien international) und Tabellen in die statistischen Publikationen konnte durch Zusammenfassungen und Adaptierungen das Tabellen- und Grafikangebot reduziert werden.

Datenangebot	Tabellen	Grafiken
Statistisches Jahrbuch	493	64
Statistisches Taschenbuch	171	7
Wien in Zahlen (mit fremdsprachiger Version).....	24	8
Internet	126	26
Zusammen 2000	814	105
1999	864	135

Das **Datenangebot im Internet** erfuhr im Jahr 2000 eine grundlegende Überarbeitung und Neukonzipierung. Die Daten werden nunmehr nach Sachkapiteln geordnet im Netz angeboten. Auch im Internet konnte das Datenangebot durch Umstrukturierung und bessere Gliederung etwas verringert werden. Durch die Verwendung von pdf-Files ist es nunmehr möglich, kurz nachdem die Daten der Abteilung zur Verfügung stehen, diese bereits im Internet anzubieten, da aufwendige Formatierungsarbeiten nicht mehr nötig sind. Dank der vereinfachten Umwandlungsprozedur ist in Zukunft mit einer merkbaren Aufwandsreduzierung beim Update der Internetdaten zu rechnen. Zudem ist das Angebot an Bezirksdaten durch ein eigenes Datenbanksegment besser für den Nutzer erschließbar. Generell konnte die Übersichtlichkeit wesentlich erhöht werden. Im Jahr 2000 wurden 77.629 Internetzugriffe auf Statistikdaten der Abteilung registriert. Die Einführung einer elektronischen Verrechnung (e-Commerce) ist für 2001 vorgesehen. Daten der MA 66 können in Form von Excel-Sheets bereits via Internet gekauft werden.

Verwaltungsbericht

Neben der Besorgung der Gemeindestatistik obliegt der Abteilung auch die Erstellung eines **Tätigkeitsberichts (Verwaltungsberichts)** des Magistrats der Stadt Wien. Im Jahr 2000 wurde gemeinsam mit der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation ein neues Konzept für den Verwaltungsbericht erarbeitet. Die Zielsetzung war einerseits den Umfang zu reduzieren und andererseits eine modernere, klarere und übersichtlichere Gestaltung des Verwaltungsberichts zu erreichen.

Abteilungsmanagement

Die **Öffentlichkeitsarbeit** erhält in der Abteilung einen immer größeren Stellenwert, da einerseits der Informations- und Auskunftsdienst stark expandiert, andererseits durch Fragebogenaktionen die Kundenwünsche laufend erhoben werden.

Im Call-Center wurden die Auskünfte rasch telefonisch erteilt. Umfangreiche Anfragen wurden schriftlich beantwortet. Von den 254 schriftlich beantworteten Anfragen entfielen 166 auf den Bereich der Bevölkerungsstatistik.

Im Zuge der Umsetzung des neuen Corporate Design der Stadt Wien und der Vorbereitung einer wirkungsvollen Informationskampagne für die Großzählung 2001 wurde im Herbst 2000 der Auftrag für ein Abteilungslogo und ein Logo für die Großzählung 2001 vergeben. Beide Logos – von der Firma Ecker & Partner entworfen – wurden noch im Dezember vorgestellt und genehmigt. Die gebündelte Planung der Informationskampagne erforderte einerseits mehr Mittel, andererseits konnten vorgesehene Informationsbroschüren eingespart werden.

Auf Grund einer Änderung der Vergaberichtlinien von Leistungen (Erlass MD-197-6-99) führte die Abteilung für die **Erstellung von Grafiken** statt der freihändigen Vergabe erstmals ein nicht offenes Verfahren durch. Ein nicht offenes Verfahren wurde gewählt, da die zu erbringende Leistung auf Grund ihrer Eigenart nur von einem beschränkten Kreis von Unternehmern ausgeführt werden konnte und das Auftragsvolumen unter dem Schwellenwert von ATS 400.000 für die Vergabe in einem offenen Verfahren lag. Durch diese Vorgangsweise ergaben sich Einsparungen in der Höhe von ATS 371.000.

Die **EDV-Ausstattung** der Abteilung erhielt im Jahr 2000 wieder einen Erneuerungsschub. Um den Anforderungen der fortschreitenden Entwicklung gerecht zu werden, wurden 10 alte PCs durch PCs des Typs ccw-450 MHz P III mit 128 MB ersetzt.

Kosten-, Leistungs- und Ertragsbilanz

Kosten-, Leistungs- und Ertragsübersicht 2000

Tätigkeiten	Personeneinsatz	Sachkosten in ATS	Leistungen	Ertrag in ATS
Datengewinnung durch Erhebung	4,5	449.595	Erhebungen für Bund, Grundlagen für Tabellen	732.631
Datengewinnung aus Verwaltungsvollzug	4,2	–	Grundlagen für Tabellen	–
Datenaufbereitung für Tabellen in Print- und EDV-Medien	6,5	¹⁾ 268.824	Datenangebot für statistische Publikationen und Internet	kostenlos
Datenanalyse	2,5	–	Berichte, Artikel, Auswertungen	4.710
Redaktion Verwaltungsbericht	0,8	–	Verwaltungsbericht	5.400
Lektorat, Drucklegung, Verkauf, Inserate	1,5	²⁾ 965.163	statistische Publikationen	³⁾ 156.164
Statistische Beratung, Auskunftserteilung, Öffentlichkeitsarbeit und Bibliothek	3,2	⁴⁾ 374.160	Informationsdienst, Anfragenbeantwortungen, Medienpräsenz	kostenlos
EDV-Organisation und Betreuung	1,0	⁵⁾ 3.419.496	EDV-Support, Programmerstellung	–
Teilnahme an Besprechungen, Tagungen, Konferenzen; Fortbildung	1,0	⁶⁾ 47.883	Positionierung der Statistik	–
Führungsaufgaben und Kanzlei	1,8	–	Lenkungsmaßnahmen	–
Aufgaben insgesamt	⁷⁾ 27,0	⁸⁾ 5.525.121	Leistungen insgesamt	898.905

¹⁾ Datenverarbeitung und grafische Datenaufbereitung

²⁾ Druckwerke, öffentl. Abgaben, abgeschriebene Forderungen, Geldverkehrsspesen

³⁾ Veräußerungen, Inserateneinnahmen, Kostenersatz

⁴⁾ Öffentlichkeitsarbeit für Großzählung 2001 (Abteilungs-, Volkszählungslogo)

⁵⁾ Kosten der MA 14 für EDV-Leistungen, darunter ATS 2.396.058 für Großzählung 2001

⁶⁾ Mitgliedsbeiträge, Dienstreisekosten sowie Kosten für den Kauf von Büchern und Zeitungen

⁷⁾ Für die 27 Beschäftigten entstanden Personalkosten von ATS 13.318.618.

⁸⁾ ohne Buchhaltungskosten

Die angeführten Leistungen erbrachten im Jahr 2000 27 Beschäftigte, die Personalkosten in der Höhe von ATS 13.318.618 verursachten. Mit der Datengewinnung, Aufbereitung und Analyse waren 19,7 Bedienstete beschäftigt. Für die Gewinnung und Aufbereitung der Daten wurden zusätzlich Geldmittel in der Höhe von ATS 718.419 benötigt. Die Drucklegung der Publikationen erforderte Kosten in der Höhe von ATS 965.163. Die MA 14 erbrachte für die Abteilungen EDV-Leistungen im Wert von ATS 3.419.496. Die Leistungen der MA 6 – Buchhaltungsabteilung 3 für die Abteilung wurden noch nicht finanziell bewertet.

Da keine EU-Projekte in Auftrag gegeben wurden, entstand gegenüber dem Voranschlag ein Einsparungspotenzial von ATS 600.000.

Für die im Auftrag der Statistik Austria durchgeführten Erhebungstätigkeiten erhielt die Abteilung ATS 732.631. Der Publikations- und Datenverkauf (Datenanalyse) sowie die Insertionen erbrachten Erträge in Höhe von ATS 166.274. Die statistische Auskunft- und Beratungstätigkeit wurde von 3,2 Beschäftigten noch ohne Kostenverrechnung erbracht.

Den **Ausgaben** von ATS 18.843.739 für Personal und Sachaufwand stehen überwiegend **immaterielle Leistungen** in Form von Datensammlungen gegenüber. Mit den Erträgen aus der Datengewinnung und dem Verkauf von Informationen konnten **Einnahmen** von ATS 898.905 erzielt werden. Der kostenlose Internetzugriff auf Statistikdaten führte zu einem gewissen Rückgang beim Publikationsverkauf.

Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (MA-K)

Im Verwaltungsjahr 2000 bildete die Abwicklung der Aufgaben der (in der MA-K angesiedelten) Geschäftsstelle des mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten **Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (WIKRAF)**, dem die Abgeltung der Leistungen der Krankenanstalten für Personen, für die ein Sozialversicherungsträger leistungspflichtig ist, sowie sonstige auf dem Gebiet der Finanzierung von Wiener Krankenanstalten zu setzenden Maßnahmen obliegen, den Schwerpunkt der Tätigkeit der MA-K.

Geschäftsstelle des WIKRAF

Der Geschäftsstelle obliegt die Führung der laufenden Geschäfte, insbesondere die Durchführung des zur Erfüllung der Aufgaben der Fonds-Kommission (dem Organ des WIKRAF) notwendigen Schriftverkehrs, die Vorbereitungen der Sitzungen der Fonds-Kommission sowie alle Aufgaben, die nicht ausdrücklich der Fonds-Kommission oder deren Vorsitzendem obliegen. Konkret wurden folgende Agenden wahrgenommen:

Verteilung der Mittel des WIKRAF

Der WIKRAF wird aus Beiträgen der Gebietskörperschaften, Mitteln der Sozialversicherung sowie aus sonstigen Mitteln gespeist. Die Gesamtmittel betragen für das Jahr 2000 rund ATS 14,8 Mrd., die von der Geschäftsstelle nach Maßgabe der Beschlüsse der Fonds-Kommission an die vom WIKRAF teilfinanzierten 27 Wiener Krankenanstalten als Abgeltung für stationäre Leistungen im Zuge der leistungsorientierten Abrechnung nach Punkten (Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung – LKF) nach dem Wiener LKF-Modell (für rund 470.000 sozialversicherte Patienten bei rund 3,6 Mio. Pflegetagen fielen ca. 21,3 Mrd. Punkte an) und als Zuschüsse zu Investitionsvorhaben (bei rund 360 Anträgen für das Jahr 2000) überwiesen wurden. Hinzu kamen die Transferierung der Beihilfenmittel nach dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, die Abgeltung der Ambulanzleistungen für 24 Krankenanstalten sowie die Überweisung von Mitteln an einige nicht-städtische Krankenanstalten zu dem Zweck, die durch die Umstellung auf die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung bedingten Mindereinnahmen abzugelten.

Verrechnung ausländischer Gastpatienten und Auskunftserteilung in Regressangelegenheiten

Die Kosten der Behandlung ausländischer Gastpatienten werden auf Grundlage von zwischenstaatlichen Übereinkommen oder überstaatlichem Recht über soziale Sicherheit im Weg des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger gegenüber dem Ausland geltend gemacht. Im Zusammenhang mit diesen Kostenforderungen wurden von der Geschäftsstelle im Jahr 2000 rund 3.100 Fälle bearbeitet. Bei rund 1.260 Akten wurden den regressführenden Sozialversicherungsträgern im Zusammenhang mit Kostenanfragen bei möglichen Regressfällen seitens der Geschäftsstelle Auskünfte erstattet.

Einstufung von speziellen Behandlungseinheiten der Krankenanstalten und Statistik; Wirtschaftliche Aufsicht, Datenplausibilitätsprüfung; Investitionszuschüsse

Die Vorbereitung der Einstufung der von speziellen Behandlungseinheiten in den Krankenanstalten sowie die dem Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen zu übermittelnden Diagnose- und Leistungsberichte, welche die Diagnosen sowie die medizinischen Einzelleistungen der stationären Patienten und die Ergebnisse der Beipunktung im LKF-Bereich beinhalten, waren auch im Jahr 2000 von der Geschäftsstelle zu besorgende Angelegenheiten. Im Rahmen der dem WIKRAF gemäß dem Wiener Krankenanstaltengesetz obliegenden wirtschaftlichen Aufsicht über Krankenanstalten, die Beiträge zum Betriebsabgang oder zum Errichtungsaufwand oder sonstige Zahlungen durch den WIKRAF erhalten, hat die Geschäftsstelle die Rechnungsabschlüsse 1999 sowie die Voranschläge 2001 der 10 nicht-städtischen Krankenanstalten hinsichtlich der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit überprüft. Die Prüfung der Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen, der Nachweise der widmungsgemäßen Verwendung von Investitionszuschüssen und die Plausibilitätsprüfung der von den Krankenanstalten für den stationären Bereich gemeldeten Daten rundeten die Tätigkeit der Geschäftsstelle ab.

Krankenanstaltenfinanzierung

Das Jahr 2000 war insbesondere von Arbeiten und Vorbereitungen rund um den Neuabschluss der Art. 15a B-VG Vereinbarung über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 2001 bis 2004 gekennzeichnet. Weiters wurden umfangreiche Vorbereitungsarbeiten bezüglich der Beschlussfassung durch die Landesregierung bzw. den Gemeinderat im Zusammenhang mit der Festsetzung der Pflege- und Anstaltsgebühren, der Pflegegebühren für Begleitpersonen, der Kostenbeiträge und der tatsächlichen Untersuchungs- und Behandlungskosten gemäß § 51 Abs. 2 Wr. KAG sowie der Festsetzung der Transportgebühren für die Inanspruchnahme des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes der Stadt Wien und der Gebühren für die Bereitstellung einer Rettungsambulanz und eines Arztes vorgenommen.

Die Mitwirkung an der Begutachtung von legistischen Vorhaben sowie Angelegenheiten des Klinischen Mehraufwands komplettierten die Aufgaben der MA-K.

Wiener Stadtwerke

Der Wiener Stadtwerke-Konzern erzielte im Jahr 2000 einen konsolidierten Umsatz von ATS 24.598,8 Mio. (1999: ATS 25.293,1 Mio.). Der Konzernenerfolg betrug ATS 246,2 Mio. (1999: ATS 7,8 Mio.). Das Investitionsvolumen des Konzerns beläuft sich auf ATS 9.535,5 Mio. Davon entfielen auf Sachanlagen ATS 8.031,9 Mio. und der Rest auf Immaterielle Vermögensgegenstände und Finanzanlagen.

Im Konzern der Wiener Stadtwerke waren insgesamt 15.432 MitarbeiterInnen beschäftigt.

Wiener Stadtwerke Holding AG

Wie in der gesamten EU konnte in Österreich im Jahr 2000 ein deutlicher Konjunkturaufschwung erzielt werden, wobei das reale Wirtschaftswachstum 3,3 % gegenüber 2,8 % im Vorjahr betrug. Das Wirtschaftswachstum war in der ersten Jahreshälfte insbesondere von einer regen Nachfrage im In- und Ausland geprägt. Sowohl der private Konsum als auch die Exportwirtschaft – getragen durch hohe Ausfuhren in der Euro-Zone und den niedrigen Euro-Kurs – trugen wesentlich zum Anstieg der Konjunktur bei. Gegen Jahresende mussten hingegen aufgrund des drastischen Anstiegs der Erdölpreise und der damit im Zusammenhang stehenden Beschleunigung des Preisauftriebs erste Anzeichen einer Verringerung der wirtschaftlichen Dynamik festgestellt werden.

Ergebnis

Die Wiener Stadtwerke Holding AG verzeichnete für das Jahr 2000 bei einem Umsatz von ATS 357,2 Mio. einen Jahresüberschuss von ATS 259,4 Mio. Es wurden Investitionen im Ausmaß von rund ATS 287,0 Mio. getätigt, wobei der Großteil auf die Anschaffung von Finanzanlagen im Wert von ATS 282,1 Mio. entfällt.

Schwerpunkte der Tätigkeit

Hauptziel der Tätigkeit in der Holding war die strategische Ausrichtung des Konzerns auf die geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und vor allem auf die einsetzende Energiemarktliberalisierung.

Im Auftrag des Eigentümers und nach Ermächtigung des Aufsichtsrats wurde die Struktur der Energieunternehmen im Konzern unter Zuziehung des Unternehmensberaters Roland Berger & Partner untersucht und verschiedene strategische Optionen evaluiert. Vom Ergebnis dieser Evaluation ausgehend haben sich die Wiener Stadtwerke zur Vertiefung der EnergieAllianz bekannt. Mit ihr soll im ersten Schritt eine gemeinsame Betreuung des Energiegeschäfts – jedoch unter Aufrechterhaltung des regionalen Bezugs einhergehen. Die ersten Schritte zur Neuausrichtung der Unternehmen Wienstrom GmbH, Wiengas GmbH und der Fernwärme Wien GmbH zur EnergieAllianz sind gesetzt.

Die Übernahme der Schlamm- und Sonderabfallbehandlung von den Entsorgungsbetrieben Simmering (EbS) durch die Fernwärme Wien GmbH wurde im September des Berichtsjahres abgeschlossen und stellte damit einen ersten wesentlichen Teilschritt der Umsetzung des erarbeiteten Konzernstrategiekonzeptes dar.

Im Telekommunikationsbereich erlangte das Engagement der mastertalk Austria Telekom Service GmbH – einer Tochtergesellschaft der Wiener Stadtwerke Beteiligungsmanagement GmbH – hohe Bedeutung. Mit dieser Gesellschaft soll ein neues Bündelfunkssystem Anwendern wie Exekutive, Rettung, Feuerwehr und Militär angeboten werden. Eine entsprechende Funklizenz wurde im Berichtsjahr erworben, die Aufnahme der operativen Tätigkeit erfolgt im Laufe des Jahres 2001. In Zusammenarbeit mit der Datatrak Austria Telematik GmbH – an welcher ebenfalls die Wiener Stadtwerke Beteiligungsmanagement GmbH mit einem Anteil von 25 % beteiligt ist – wurde eine funktechnische Gesamtlösung im Berichtsjahr weiterentwickelt.

Im Berichtsjahr wurden die Rechenzentren der Wienstrom GmbH und der Fernwärme Wien GmbH zusammengelegt. Ziel ist die Nutzung von strategischen und kommerziellen Synergiepotenzialen durch Zusammenführung aller kommerziellen EDV-Aktivitäten für die Tochtergesellschaften und die Holding AG in einem konzernweiten Rechenzentrum, kurz Konzern-IT. Als Standort für die Konzern-IT wurde Altmannsdorf gewählt.

Personalstand am 31. 12.

	2000	1999
Wiener Stadtwerke Holding AG	163	163
Wienstrom GmbH	3.820	3.981
Wiengas GmbH	1.212	1.300
Fernwärme Wien GmbH	1.108	872
Wiener Linien GmbH & Co KG	8.682	8.718
Bestattung Wien GmbH	438	448
Wiener Stadtwerke Beteiligungsmanagement GmbH	9	7
Lehrlinge	273	306
Wiener Stadtwerke Konzern Gesamt	15.705	15.795

Wienstrom GmbH

Vorbereitung auf die völlige Öffnung des Strommarkts

Die von der Bundesregierung angekündigte völlige Öffnung des Strommarkts wurde am 5. Juli 2000 durch den Nationalrat beschlossen. Dieses Gesetz, in der Form des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (EIWOG 2000) als Änderung des geltenden EIWOG bezeichnet, aber eigentlich einer völligen Neufassung entsprechend, sieht eine vollständige Marktöffnung bereits ab 1. Oktober 2001 vor. Dies bedeutet, dass jeder Stromkunde ab diesem Zeitpunkt seinen Lieferanten frei wählen kann. Die zum selben Zeitpunkt beschlossenen Begleitgesetze regeln die Aufgaben der Regulierungsbehörden im Elektrizitätsbereich, die Errichtung der Elektrizitäts-Control GmbH und der Elektrizitäts-Control Kommission sowie die Ausübungsvoraussetzungen, die Aufgaben und die Befugnisse der Verrechnungsstellen für Transaktionen und Preisbildung für die Ausgleichsenergie.

Das EIWOG 2000 wurde aufgrund fehlender Zustimmung durch die Bundesländer erst Anfang Dezember – und somit fünf Monate nach seiner Beschlussfassung – veröffentlicht. Demgemäß ist ein Beschluss der Landesgesetze, welche die Details für die operative Umsetzung der Marktöffnung festzulegen haben, erst Mitte 2001 zu erwarten.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Das abgelaufene Geschäftsjahr wurde insbesondere von folgenden Rahmenbedingungen beeinflusst:

- Einerseits durch die Vorbereitung auf die vollständige Liberalisierung des österreichischen Elektrizitätsmarkts. Hier galt es vor allem durch die Entwicklung neuer Tarifstrukturen eine verstärkte Kundenbindung zu erreichen, um im preislichen Verdrängungswettbewerb erfolgreich zu bestehen. Dabei mussten entsprechende Erlöseinbußen in Kauf genommen werden.
- Andererseits bewirkte das weiterhin außerordentlich hohe Niveau der Primärenergiepreise, insbesondere der Gasbezugspreise, eine deutliche Erhöhung der Kosten für die elektrische Gesamtaufbringung. Der vermehrte Fremdstrombezug zu kostengünstigen Konditionen konnte diese Entwicklung nur teilweise kompensieren.

Trotz gesteigerter Stromabgabe sanken die Erlöse aus dem Stromverkauf deutlich (2000: ATS 11.426,8 Mio.; 1999: ATS 11.884,0 Mio.). Die im Vergleich zum Vorjahr vermehrten Erlöse aus dem Stromhandel, der Fernwärmeabgabe und dem Geschäftsbereich Telekommunikation waren nicht ausreichend, um die kumulierten Umsatzerlöse für den Betrachtungszeitraum an das Niveau des Vorjahres heranzuführen.

Gestiegener Strombedarf

Wienstrom verzeichnete im Berichtsjahr einen Gesamtbedarf an elektrischer Energie im Versorgungsgebiet von rund 10.015,1 GWh, was einem Zuwachs von 13,2 GWh bzw. 0,1 % gegenüber 1999 entspricht. Dazu kamen Lieferungen an EVU im Ausmaß von 948,2 GWh, sodass die Summe aus Erzeugung und Bezug insgesamt 10.963,3 GWh beträgt.

Der Anteil der Erzeugung in eigenen Kraftwerken betrug im Jahr 2000 rund 34,8 %, das entspricht 3.810,3 GWh. Der Strombezug betrug rund 7.153 GWh.

Der Bedarf an elektrischem Strom im Versorgungsgebiet stieg trotz positiver Konjunktorentwicklung im Berichtsjahr mit 0,5 % nur geringfügig an und liegt somit deutlich unter dem Mittelwert von 1,7 % (1992–2000) der vergangenen Jahre.

Die Gesamtwärmelieferung aus den Kraft-Wärme-Kopplungen der Blockkraftwerke 1/2 und 3 im Kraftwerk (KW) Simmering und aus dem KW Leopoldau an das Fernwärmenetz Wien betrug im Berichtsjahr rund 2.665,5 GWh, das entspricht einem temperaturbedingten Rückgang um 357 GWh bzw. –11,8 % im Vergleich zum Jahr 1999.

Investitionen für Kraftwerke und Netze

Auch im Jahr 2000 waren bedeutende Geldmittel für Investitionen in die Anlagen zur Stromerzeugung, -übertragung und -verteilung sowie für die Telekommunikation und den Kundendienst bereitzustellen. Die Jahresbudgets lagen dabei in der Größenordnung von etwa ATS 2.678 Mio.; davon entfielen rund ATS 915 Mio. auf die Erzeugung, ATS 183 Mio. auf die Übertragung und ATS 1.019 Mio. auf das Verteilnetz. Etwa ATS 46 Mio. wurden für den Vertrieb und ATS 349 Mio. für die Telekommunikation aufgewendet, die restlichen Investitionen entfielen auf Zentrale Dienststellen und sonstige Stellen.

Das derzeit bedeutendste Bauvorhaben von Wienstrom – die Errichtung einer Gas- und Dampfturbinen-Anlage auf dem Standort des Kraftwerks Donaustadt mit einer elektrischen Leistung von ca. 350 MW und einer Fernwärmeleistung von ca. 250 MW – verläuft planmäßig. Die Gebäudehülle ist bereits fertig gestellt, die Gasturbine und der Generator wurden im November 2000 geliefert. Aus heutiger Sicht wird die Inbetriebnahme daher termingerechtem im Oktober 2001 erfolgen.

Telekommunikation

Die Großprojekte Wiener Bildungsnetz, Citynetz für den Magistrat und Realisierung von Verbindungen für Kommerzkunden mit dem Partner UTA Telekom AG wurden erfolgreich weitergeführt. Zukunftsorientierter Netzausbau,

Serviceleistungen für Kunden im Bereich der Wiener Stadtwerke (Datennetz, Telefonanlagen, Rufanlagen, Betriebsfunk) und Verkauf von Telefonieleistungen (Telefonanlagen: Beratung, Installation, Wartung) für einzelne Kunden waren weitere Arbeitsschwerpunkte.

Das Wiener Bildungsnetz wurde mit Ende 2000 fertig gestellt. Mit diesem weltweit einzigartigen Projekt erhalten alle Wiener Pflichtschulen (Volks-, Haupt-, Berufsschulen und Polytechnische Lehrgänge) Zugang zu Lehrinhalten und zum Internet. Für die UTA wurden 509 Verbindungen realisiert. Darunter war auch die erste mit einer Übertragungsrate von 622 MB/s. Zu den Kunden zählen vor allem große alternative Telekom- und Internetserviceprovider.

Wiengas GmbH

Liberalisierung des Gasmarkts

Am 10. August 2000 trat die erste Phase der Liberalisierung des Gasmarkts in Kraft. Bereits seit längerer Zeit wurde der Gaspreis mit Großkunden verhandelt. Ab August 2000 verstärkten sich die Energiepreis-Verhandlungen von größeren Abnehmern.

Da mit der zweiten Phase der Öffnung des Gasmarkts im Oktober 2002 die vollständige Öffnung bis hin zum Haushaltskunden eintritt, wurde bereits im Jahr 2000 mit entsprechenden Vorbereitungsarbeiten begonnen. Die Geschäftsführung der Wiengas GmbH beauftragte das Betriebsberatungsunternehmen IBK mit der Durchleuchtung des Unternehmens im Hinblick auf die Trennung in Verteilung, Speicherung und Tätigkeiten außerhalb des Erdgasbereiches, nach dem Gaswirtschaftsgesetz. Diese Studie wurde im Jahr 2001 fertig gestellt.

Ölpreis

Einen wichtigen Faktor bei der Beurteilung des wirtschaftlichen Umfelds für Wiengas stellt der Ölpreis dar. Die Erdgas-Bezugsverträge mit Russland und Norwegen beinhalten verschiedene Preiskomponenten, deren wichtigste die Ölproduktpreise sind. Durch die auch im Jahr 2000 erfolgte Beschränkung der Ölförderungsmengen innerhalb der OPEC-Länder und dem damit verbundenen Anstieg der Ölpreise auf dem Weltmarkt verteuern sich auch die Erdgasimporte weiterhin. Vertragsbedingt wirkten sich diese massiv im Jahr 2000 aus, sodass eine zweimalige Tarifanpassung erfolgen musste.

Witterung

2000 entsprach der für Wiengas entscheidende Verlauf der Temperaturkurve einem besonders milden Jahr. Die Temperaturen wiesen laufend im Mittel um 0,2° bis sogar über 1,4° C höhere Durchschnittswerte als im Vorjahr auf. Für Wien betrug das Jahresmittel 11,8° C. Damit wurde das bisher wärmste Jahr 1994 klar übertroffen. Daher wurde eine starke Verringerung der Erdgasabgabe an Tarifkunden (-8,2 %) und Großkunden (-10 %) gegenüber dem Jahr 1999 festgestellt.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Das Jahr 2000 wurde mit einem Gewinn von ATS 107,4 Mio. abgeschlossen. Trotz der überdurchschnittlich warmen Witterung (die Gasabgabe an Tarifkunden blieb ca. 9 % unter dem Planwert, bei Großkunden war ein Minus von ca. 5 % zu verzeichnen) und der nicht zur Gänze an die Kunden weitergegebenen deutlichen Erhöhung der Gaseinsatzkosten kann Wiengas einen Gewinn ausweisen. Dieses positive Ergebnis kommt allerdings nur durch die Teilauflösung der Rückstellung für die Altlastensanierung zustande, die auf die für das im Jahr 2000 vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft genehmigte Projekt Simmering angepasst wurde. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit betrug ATS 202,1 Mio.

Investitionen

Die Investitionen in der Höhe von ATS 636,5 Mio., deren Schwerpunkte in den Bereichen Rohrnetz und Kernzonenbildung lagen, konnten zur Gänze aus dem erwirtschafteten Cashflow abgedeckt werden. Das derzeit laufende umfangreiche Investitionsprogramm konnte somit bisher ohne Fremdmittelinanspruchnahme abgewickelt werden.

Erdgasbezug

Der Gesamtbezug der Wiengas GmbH betrug im Jahr 2000 um 7,8 % weniger als im Vorjahr. Der Inlandsanteil des Erdgasbezugs von 14,1 % lag höher als der Vorjahresanteil. Den Hauptanteil hielt wieder Russland. Erdgas aus der Nordsee stieg sowohl prozentuell als auch in effektiven Zahlen an.

Erdgasspeicher

In den Untertagespeichern des Speicherpools lagerten am 31. 12. 2000 für Wiengas um 8,7 % mehr Erdgas als Ende 1999. Diese Erdgasmenge stellt eine rund sechsmonatige Reserve für die Versorgung der Wiengas-Kunden dar, jedoch nicht für die Kraftwerke.

Kunden

Bei den Tarifkunden gab es einen Rückgang um knapp 2.000 Kunden. Dieser Abgang dürfte seine Erklärung im Mindesttarif bei Wenignutzung und in der Fernwärmenachrüstung finden. Die Anzahl der Kundengaszähler betrug zum Jahresende 718.094. Die Anzahl der Großkunden verringerte sich zum Jahresende auf 1.492. Nachdem im Berichtsjahr zwar einige Kunden durch Kündigungen, Stilllegungen und Abkopplungen von Blockheizwerken der Fernwärme Wien verloren gingen, konnte eine Reihe von Neukunden gewonnen werden, die temperaturbereinigt die verlorenen Gasabgabemengen kompensieren.

Rohrnetz

3.402 km lang ist Wiens Erdgasrohrnetz zum 31. 12. 2000. Im Laufe des Jahres 2000 konnte das Gasrohrnetz um ca. 19 km verlängert werden.

Sicherheit

Sicherheit steht bei Wiengas an erster Stelle. Trotz der Öffnung des Gasmarkts und der dafür notwendigen Einsparungsmaßnahmen wird für ein sicheres und modernes Gasnetz gesorgt. Rund 2.040 km Erdgasleitungen wurden überprüft, ca. 300 Rohrleitungen in Brückenkonstruktionen geprüft und gewartet. 41.000 Gasanlagen wurden nach Neuinstallation oder Änderung einer Prüfung unterzogen und 528 Hausanschlüsse auf Dichtheit im Zuge von Straßenbauarbeiten überprüft.

Durch die Mitarbeiter des Gasspürdienstes wurden im Zuge der flächenmäßigen Überprüfung des Hauptrohrnetzes und der Hausanschlussleitungen 129 Gebrechen festgestellt. 1.295 km des Niederdrucknetzes, 487,5 km Hochdruckleitungen und 258,7 km Hausanschlussleitungen wurden dieser Prüfung unterzogen.

Im Berichtsjahr wurden 41.052 Kunden-Anlagen überprüft, davon 20.068 auch auf Dichtheit. Bei 254 Anlagen wurden dabei Mängel festgestellt. 11.315-mal wurde die Gebrechenbehebungsstelle gerufen, um Störungen zu beheben. 49.699 Geräte wurden im Jahr 2000 vor Ort überprüft.

Trotz ständiger Hinweise von Wiengas, Kleinwasserheizer ohne Kaminanschluss vorschriftsmäßig zu verwenden, musste auch im Jahr 2000 festgestellt werden, dass in einigen Haushalten diese Geräte vorschriftswidrig in Gebrauch sind. Ebenfalls fiel auf, dass die Wartung älterer Erdgasgeräte zu wünschen übrig lässt.

Wiener Linien GmbH & Co KG

Rahmenbedingungen

Die europäische Kommission hat am 26. Juli 2000 einen Vorschlag für eine Verordnung betreffend die Liberalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs beschlossen. Die Verordnung wird im Mitentscheidungsverfahren erlassen werden und tritt erst nach einer Einigung von Europäischem Parlament und Rat in Kraft. Die Verordnung könnte demnach in der 2. Jahreshälfte 2001 in Kraft treten, wird aber mehrjährige Übergangsfristen enthalten.

In inhaltlicher Hinsicht wird der gemeinwirtschaftliche Vertrag als bevorzugtes Instrument der Regelung der Beziehungen zwischen der Gebietskörperschaft als Aufgabenträger und dem Verkehrsunternehmen vorgesehen sein. Solche Verträge werden grundsätzlich im Wege einer Ausschreibung zu vergeben sein. Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht werden nur in eng umschriebenen Fällen, die derzeit noch diskutiert werden, möglich sein. Die Vertragsdauer wird im Regelfall mit 5 Jahren beschränkt sein.

Diese Maßnahmen versetzen auch die Wiener Linien zumindest mittelfristig in eine Konkurrenzsituation mit anderen Anbietern, welche sowohl aus dem heimischen Markt als auch aus den Mitgliedsstaaten der EU kommen könnten.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Die Umsatzerlöse stiegen im Jahr 2000 geringfügig um rund 0,3 % auf ATS 4.331,2 Mio. Demgegenüber steht im Vergleich zu 1999 ein um 28,4 % geringerer Materialaufwand. Die Steigerung des Personalaufwands im Ausmaß von 1,5 % ist auf die Bezugsenerhöhung vom 1. Jänner 2000 zurückzuführen. Einschließlich des Finanzergebnisses ergibt dies für das Jahr 2000 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von ATS -1.589,4 Mio., wonach sich zum Vorjahr eine Verbesserung von 3,0 % ergibt. Der Fehlbetrag wird durch die Übertragung auf die Kapitalrücklage abgedeckt, sodass die Wiener Linien ein ausgeglichenes Jahresergebnis aufweisen.

Wieder deutlicher Fahrgastzuwachs

Mit 724,9 Mio. Fahrgästen im Jahr 2000 ist die Frequenz um rund 13,5 Mio. Fahrgäste bzw. 1,9 % gestiegen. Bei der Anzahl der verkauften Netzkarten ist ebenfalls ein leichter Anstieg zu verzeichnen (Jahreskarte: + 0,6 %, Wochenkarte: + 2,0 %, Monatskarte: + 3,0 %). Damit hat sich die positive Entwicklung bei den Fahrgästen fortgesetzt. Bei den Seniorenjahreskarten wurde sogar eine Steigerung von 4,4 % gegenüber dem Vorjahr erzielt. Zusätzlich zu den Einnahmensteigerungen bei den Jahreskarten hat sich im Jahr 2000 bei den Semesterkarten ebenfalls der positive Trend fortgesetzt. Aufgrund einer verstärkten Bewerbung und des günstigen Tarifs für Studenten konnten rund 2,6 Mio. zusätzliche Fahrgäste gewonnen werden. Dies bedeutet eine Steigerung um mehr als 6 % gegenüber dem Vorjahr.

Beförderungserlöse im Linienverkehr

Die Beförderungserlöse im Linienverkehr betragen im Jahr 2000 rund ATS 4.286,6 Mio., das sind um rund ATS 18,1 Mio. bzw. 0,4 % mehr als im Vorjahr. Der Durchschnittserlös je Fahrgast von 591,32 Groschen ist um 1,45 % geringer als im Vorjahr. Die Reduzierung des Durchschnittserlöses spiegelt die Strategie der Stammkundenbindung durch Forcierung der Zeitkarten wider.

Unser Beitrag zum Modal-Split

Seit dem Jahr 1993 konnte eine Verbesserung des Anteils des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) um 4 Prozentpunkte erreicht werden (1993: 29 %, 2000: 33 %). Ein Vergleich mit großen Nahverkehrsunternehmen im deutschen Sprachraum zeigt die sehr hohe Akzeptanz des öffentlichen Personennahverkehrs in Wien, die vor allem auf qualitative und quantitative Verbesserungen bei der Leistungserstellung der Wiener Linien zurückzuführen ist.

Verkehrsleistung

Die Wagennutzkilometer (gefahrte Kilometer im Linienverkehr) beliefen sich auf insgesamt 107,9 Mio., wobei im Schienenbetrieb rund 78,3 Mio. und im Autobusbetrieb inklusive Auftragsverkehr 29,6 Mio. Nutzkilometer gefahren wurden. Das waren insgesamt rund 0,8 Mio. Wagennutzkilometer bzw. 0,7 % weniger als im Vorjahr. Die Ursache dieses Rückgangs war die Reduzierung der Beiwagenkilometer aufgrund des Einsatzes von neuen Triebfahrzeugen der Type ULF (Ultra Low Floor). Dennoch stieg das Platzangebot insgesamt geringfügig an und betrug gemessen in Platzkilometern im Berichtsjahr 14.275,2 Mio., das sind um 1,1 % mehr als im Vorjahr.

Investitionen

Die hohen Investitionen, die im Jahr 2000 wieder bei den Wiener Linien getätigt wurden, sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Konkret wurden im Berichtsjahr ATS 3.751,3 Mio. investiert. Ein großer Anteil der Investitionen betraf auch im Berichtsjahr den U-Bahn-Neubau.

In den Jahren 1999 bis 2000 wurden 40 Niederflurstraßenbahnen (ULF) und 64 Niederflurbusse (davon 43 Gelenkbusse und 21 Normalbusse) angeschafft.

Ausbauten der U-Bahn-Linien

- Die Planungsarbeiten für die künftigen Erweiterungen der Linien U2 nach Aspern und U1 nach Leopoldau wurden im Jahr 2000 zügig fortgesetzt.
- Mitte April begannen die Vorarbeiten für den Ausbau der Linie U2 bis Aspern. Neben der Verlängerung von Bahnsteigen bei der Stammstrecke wird auch dem vermehrten Bedarf an Aufstiegshilfen Rechnung getragen. Ende 2002 wird der Beginn für den Ausbau der Verlängerungsstrecke, welche nach Fertigstellung (2008) eine Länge von 12,5 km mit 11 neuen Stationen aufweisen wird, erfolgen.
- Die zentrale U-Bahn-Leitstelle am Karlsplatz ist bereits seit 20 Jahren in Betrieb. In dieser Zeit erfolgte eine Ausweitung der U-Bahn-Linien U6, U4 sowie der Neubau der Linie U3, die in die bestehende Leitstelle integriert wurden. Die Verlängerung der Linien U1 und U2 erfordert die Verlegung der U-Bahn-Leitstelle an einen neuen Standort. Die baulichen Vorbereitungen wurden am Gelände des Bahnhofs Erdberg im Jahr 2000 begonnen.
- Um eine bessere Zugänglichkeit bei den Stationen der U-Bahn zu gewährleisten, wurden in 5 Stationen zusätzliche Aufzüge in Betrieb genommen; 4 Aufzüge befinden sich derzeit in Bau. Mit der Planung für die Ausrüstung bei 3 weiteren Stationen wird das Programm für nachträglich eingebaute Aufstiegshilfen ergänzt.
- Am 2. Dezember 2000 wurde das letzte Teilstück der Linie U3 von Erdberg nach Simmering feierlich eröffnet. Mit der Eröffnung des 3,1 km langen Tunnels mit seinen 4 Stationen ist nun jeder Bezirk durch zumindest eine Linie des Wiener U-Bahn-Netztes versorgt.

Rechnergesteuertes Betriebsleitsystem

Ende 1995 wurde der Probetrieb des Betriebsleitsystems (RBL) für Straßenbahn und Autobus mit 2 Testlinien aufgenommen. Bis Ende 2000 waren bereits 33 Linien, davon alle 21 „Night-Lines“, in das Leitsystem integriert.

Fuhrpark

Der Fuhrpark der Wiener Linien umfasste im Berichtsjahr 1.886 Fahrzeuge für den Straßenbahn-, U-Bahn- und Autobusbetrieb.

Neu ist im Berichtsjahr ein Zweirichtungszug (2 Steuerwagen Type „v“ und 4 Motorwagen Type „V“) hinzugekommen. Im März 2000 wurde der Prototyp dieses neuen Fahrzeuges, welches auf der Linie U3 im Probetrieb eingesetzt wird, erstmals präsentiert. Gegenüber den „alten“ Garnituren der Serie „U“ bringen zahlreiche technische Neuerungen den Fahrgästen wesentliche Verbesserungen. Mit diesem „durchgängigen Zug“ wird vor allem die Sicherheit der Kunden besser gewährleistet, es wird aber auch mit Klimaanlage für angenehme Temperaturen im Fahrgastraum gesorgt.

Bevorrangung von Straßenbahn und Bus

Bevorrangungsmaßnahmen trugen weiters dazu bei, die Zufriedenheit der Kunden zu fördern. So wurden beispielsweise 33 Haltestellen in ganz Wien mit erhöhten Bahnsteigkanten ausgerüstet, um das Einsteigen zu erleichtern. 48 Verkehrslichtsignalanlagen wurden mit Bevorrangungsschaltungen ausgerüstet. Damit konnten u. a. die Linien 31 und 33 wesentlich verbessert werden.

Busspuren und selbstständige Gleiskörper bei verschiedenen Linien ergänzen die Bemühungen zur Bevorrangung des ÖPNV in Wien.

Neues Fahrgastinformationssystem in den U-Bahn-Stationen

Seit Mitte Mai 2000 gibt es auf den Stationen der Linie U1 ein neues Fahrgastinformationssystem: Auf den Zugzielanzeigern der Abfahrtsbahnsteige wird nun – im Countdown-Verfahren – die Ankunft des nächsten Zuges angezeigt. Noch im November 2000 wurde die Linie U4 ebenfalls mit dem neuen System ausgerüstet. Bis Anfang April 2001 waren auch die Linien U3 und U6 bzw. teilweise die Linie U2 mit einbezogen.

Bestattung Wien GmbH

Weiterer Rückgang der Sterblichkeit

Der Rückgang der Sterblichkeit in Wien gegenüber dem Vorjahr beträgt 3,5 %, in Österreich 3,1 %. Damit setzt sich der langjährige Trend weiter fort. Seit 1990 nahmen die Sterbefälle in Wien um 16,7 %, seit 1980 sogar um 31,6 % ab.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Der Rückgang der Sterblichkeitsrate zeigt sich auch in den entsprechenden Ergebnissen. Die Umsatzerlöse lagen im Berichtsjahr bei ATS 454,6 Mio. Im Vergleich zum Vorjahr verschlechterte sich das Betriebsergebnis von ATS -27,7 Mio. auf ATS -42,1 Mio. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sank von ATS 16,2 Mio. auf ATS 9,9 Mio.

Rückgang der Bestattungsleistungen

Die Erdbestattungen gingen gegenüber dem Vorjahr von 11.704 auf 11.359 Fälle zurück. Die Exhumierungen und Überführungen erhöhten sich von 4.449 auf 4.661. Die Feuerbestattungen verringerten sich von 2.816 auf 2.783. Unter Berücksichtigung der Leistungen für andere Bestatter und der Bestattungen auf Anordnung der Sanitätsbehörde ergibt sich insgesamt ein Rückgang von 139 Fällen oder 0,7 %.

Sargerzeugung und -verkauf

Im unternehmenseigenen Sargerzeugungsbetrieb wurden im Jahr 2000 insgesamt 30.646 Särge hergestellt. Von der Bestattung Wien wurden davon im Rahmen ihrer Tätigkeit 18.228 Särge verbraucht. In andere Bundesländer und in das Ausland wurden 13.204 Särge verkauft.

Im Zuge eines internen Wettbewerbes wurde ein neuartiges Modulsystem für die Herstellung von Särgen entwickelt. Damit ist es möglich, sowohl von der Form (tiefere Kehlung), als auch vom Material her (Mischung und Holzarten), den Kundenwünschen wesentlich besser zu entsprechen.

Fuhrpark

Der Fuhrpark der Bestattung Wien GmbH umfasst 56 Fahrzeuge und ist somit fast unverändert gegenüber dem Vorjahr. Hervorzuheben sind neben einem neu angeschafften Fourgon zur Überstellung mehrerer Verstorbener sowie den zwei neuen Blumenwagen ein neuer Glaswagen, im Volksmund auch Leichenwagen genannt. Für dieses Fahrzeug wurde auf Grund von Wirtschaftlichkeitsüberlegungen ein Modell der Marke Mercedes ausgewählt. Da sich dieses Fahrzeug bisher auch in der Praxis bestens bewährt hat, sollen Modelle dieser Marke auch die anderen Glaswagen ersetzen.

EDV

Die Phase 1 der im Jahr 1999 eingeführten Work-Flow-Software bei der Anmeldung von Todesfällen wurde abgeschlossen, wodurch eine interne Vernetzung aller befassen Abteilungen gewährleistet ist. Mit der Phase 2, der Planung der Vernetzung des Filialbereiches, wurde begonnen.

Am 16. und 17. Februar fand mit einer Kick-Off-Veranstaltung, gemeinsam mit der Beraterfirma, der Beginn des Projekts SAP-Einführung bei der Bestattung Wien GmbH statt. In der ersten Phase wurden bis Ende des Jahres 2000 die Finanzbuchhaltung und Bereiche des Controllings umgestellt, mit Jahresbeginn 2001 erfolgte der Produktiv-Start.

Investitionen

Das Investitionsvolumen bewegt sich mit ATS 13,3 Mio. in den vorjährigen Größenordnungen. Neben den bereits erwähnten Neuanschaffungen von Fahrzeugen ist vor allem der Umbau und die damit verbundene Vergrößerung der Anmeldestelle für Todesfälle im Bezirksamt für den 10. Bezirk sowie die Neugestaltung der Aufbahnhalle Breitenlee zu erwähnen, die im Frühjahr 2001 in Betrieb genommen wird. Die neu erbaute Aufbahnhalle des Friedhofs Strebersdorf wurde am 17. Mai 2000 ihrer Bestimmung übergeben.

Renovierte Friedhofskirche am Zentralfriedhof

Nach einer fünfjährigen Generalsanierung der Friedhofskirche am Zentralfriedhof (ehemals Dr.-Karl-Lueger-Kirche, nunmehr als Karl-Borromäus-Kirche bezeichnet) wurde diese am 27. Oktober 2000 feierlich eröffnet und steht seit 6. November 2000 wieder für Aufbahrungen zur Verfügung.

Hilfe für Kaprun

Auf Ersuchen der Bestattung Salzburg stellte die Bestattung Wien für die Bergung der Kaprunopfer ein Kontingent von 127 Leihsärgen unentgeltlich zur Verfügung.

Fernwärme Wien GmbH

Rahmenbedingungen

Um die unternehmerische Weiterentwicklung der Fernwärme Wien zu einem marktorientierten Dienstleistungsunternehmen weiter voranzutreiben, wurde im Berichtsjahr das strategische Geschäftsfeld „Entsorgungsdienstleistung“ durch die Integration der Sonderabfall- und Klärschlammverbrennungsanlagen der Entsorgungsbetriebe Simmering GmbH (EbS) massiv ausgeweitet. Gegründet im Jahr 1978, betreiben die EbS im 11. Wiener Bezirk einerseits die Hauptkläranlage Wien, andererseits die Verbrennungsanlagen. Rückwirkend mit dem 1. Januar 2000 wurden die Verbrennungsanlagen abgespalten und als Werk Simmeringer Haide in die Fernwärme Wien eingebracht.

Im Geschäftsbereich „Energiedienstleistung“ ist die Fernwärme Wien GmbH in Bezug auf installierte Leistung und Netzlänge das größte Fernwärmeunternehmen Österreichs. Der Anteil an der österreichischen Fernwärmeversorgung liegt knapp unter 50 %.

Die Produktmarken des Unternehmens

Als logische Konsequenz der Aufwertung des Geschäftsfelds „Entsorgungsdienstleistung“ neben dem der „Energiedienstleistung“ im Unternehmen mussten die Felder kommunikativ für alle internen und externen Zielgruppen nicht nur deutlich positioniert, sondern auch klar voneinander abgegrenzt werden. So wurden unter der Dachmarke Fernwärme Wien die Produktmarken „Die Stadtheizung“ für die Energiedienstleistung und „Die Sauberbrenner“ für thermische Müll- und Abfallentsorgung entwickelt.

Geschäftsverlauf

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 1999 konnten die Umsatzerlöse im Berichtsjahr von rund ATS 3,8 Mrd. um knapp 14 % auf ATS 4.314 Mio. gesteigert werden. Hier sind die Umsatzerlöse aus der thermischen Entsorgung von Sonderabfall und der Behandlung und Entsorgung von Klärschlamm in Höhe von rund ATS 672 Mio. enthalten. Auf Grund des „wärmsten Winters seit 1775 in Wien“ entwickelte sich der Wärmeverkauf rückläufig und konnte trotz ansehnlicher Neukundengewinne nur durch indexbedingte Preisanpassungen auf dem Erlösniveau des Vorjahres gehalten werden.

Die Integration der Verbrennungsanlagen der EbS führte zwangsläufig zu einer Erhöhung der Bilanzsumme auf nunmehr ATS 13,2 Mrd.

Die Investitionstätigkeit lag nach wie vor auf einem hohen Niveau von rund ATS 880 Mio. Insgesamt wurde ein positives Betriebsergebnis in der Höhe von ATS 337 Mio. erzielt. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses errechnet sich im Berichtsjahr ein Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von ATS 2,3 Mio.

Wärmeverkauf

Trotz eines um 1 °C wärmeren Temperaturverlaufs als im vergangenen Jahr und nomineller Kundenzuwächse wurden nur um 287 GWh weniger Wärme verkauft als im Vorjahr.

Bei den Erlösen aus dem Wärmeverkauf konnte auf Grund der erfolgreichen Gewinnung von über 10.000 neuen Groß- und Wohnungskunden sowie indexbedingten Preisanpassungen das Ergebnis aus dem Vorjahr gehalten werden. Die Anzahl der Großkunden erhöhte sich von 4.392 auf 4.583 und die der Wohnungskunden von 202.356 um 9.976 Kunden auf nunmehr 212.332.

Ausbau des Transportnetzes

Die massiven Investitionen in den Ausbau des Netzes wurden auch im Geschäftsjahr 2000 fortgesetzt. Das Primärnetz wurde um 11,5 km, das Sekundärnetz um 18,9 km erweitert. Insgesamt konnte das Transportnetz um 3,5 % im Vergleich zum Vorjahr auf nunmehr 904,1 km Trassenlänge ausgebaut werden.

Im Mai des Berichtsjahrs wurde mit dem Bau der Haupttransportleitung „Steinsporn 1“ mit einer Länge von 3,6 km begonnen. Die Leitung wird unter dem Donaukanal, der Donau, der Donauinsel und der Neuen Donau errichtet, um den Versorgungsring zwischen dem Pumpenhaus der Fernwärme Wien im Kraftwerk Simmering und der Pumpstation im neuen Umweltkraftwerk Donaustadt mit Kraft-Wärme-Kopplung zu schließen.

Das Verbundsystem

Im Berichtsjahr wurde aus 14 Erzeugungsanlagen in neun Fernwärmewerken Heißwasser in das Fernwärmeverbundnetz mit einer gleitenden Vorlauftemperatur von 95 °C bis 150 °C – abhängig von der Außentemperatur – eingespeist. Die rechnerische Höchstlast bei einer Außentemperatur von -15 °C betrug 1.993 MW. Die Abwärme aus den Hausmüllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau sowie der Sonderabfall- und Klärschlamm-Verbrennungsanlage Simmeringer Haide wird als Grundlast ganzjährig im Verbund verwendet. Zur Deckung der Mittellast werden die Kraft-Wärme-Kopplungen in den zwei Blöcken im Kraftwerk Simmering, im kombinierten Gas- und Dampfturbinenkraftwerk Leopoldau von Wienstrom und in der OMV-Raffinerie in Schwechat eingesetzt. Nur wenn diese Erzeugungsanlagen nicht ausreichen, werden Spitzenkessel in den Fernwärmewerken Arsenal, Kagran, Leopoldau, Spittelau und Liesing (Süd) angefahren.

Wärmeerzeugung und -lieferung

Ausgehend von einer Abnahme der Heizgradtage um 9,3 % gegenüber dem Vorjahr wurden im Berichtsjahr vom Verbund nur 4.586 GWh und von lokalen Heizzentralen und anderen Wärmequellen 134 GWh Wärme geliefert. Auf Grund des „warmen Winters“ betrug die Wärmelieferung des Verbunds im Berichtsjahr lediglich 4.586 GWh, die zu 72,2 % durch den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungen und zu 23,3 % durch thermische Haus- und Sonderabfallverwertung gedeckt wurden. Lediglich 4,5 % der Jahresarbeit wurden mit Spitzenkesseln erzeugt, die mit Gas oder Öl betrieben werden. Im Vergleich zu normalen Heizzentralen entspricht die erreichte Einsparung an Primärenergie von 64,6 % (3.382 GWh) dem Äquivalent von rund 284.000 t Heizöl extra leicht oder 337 Mio. m³ Erdgas.

Thermische Entsorgung

Im Kalenderjahr 2000 mussten 936.000 t Hausmüll und Altstoffe, das sind um 3.000 t weniger als im Vorjahr, von der Stadt Wien (MA 48) verarbeitet werden. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt noch immer ein Anwachsen des Müllbergs, auch wenn dieses im Berichtsjahr etwas gebremst wurde. Ebenso unterstreicht die Entwicklung aber auch eindrucksvoll den Erfolg der getrennten Müllsammlung in Wien und den noch immer relativ niedrigen Anteil des Deponievolumens. Von den 936.000 t Müll im Jahr 2000 wurden 39 % als Altstoffe verwertet, kompostiert oder der Problementorgung bzw. -verwertung zugeführt. 12 % des Mülls wurde auf der Deponie am Rautenweg gelagert. Der verbleibende Rest von 49 % (466.100 t Hausmüll) wurde in den beiden Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau bei 800 °C verbrannt, thermisch verwertet und auf 11 % des Volumens reduziert. Damit befinden sich beide Anlagen am Rande ihrer Verbrennungskapazitäten.

Sonderabfallbehandlung 2000

Im Berichtsjahr wurden rund 91.000 t gefährlicher Abfall, das sind um 7 % mehr als im Vorjahr, im Werk Simmeringer Haide zur thermischen Behandlung übernommen. Rund 22 % davon waren Altöl oder Öl-Wasser-Gemisch, 11,8 % flüssiger organischer Abfall, 13,2 % fester oder pastöser organischer Abfall, 11,0 % flüssiger anorganischer Abfall und 17,9 % Gewerbe- und Industriemüll. Die Restmengen von rund 24 % entfallen auf Spitalsmüll, Laborabfälle, Problemstoffe, Altmedikamente, Restmüll, Sand- und Schotterfang, Kanalschutt und Rechengut. Der eingehende Abfall wird beprobt, analysiert, zwischengelagert und aufbereitet. Danach wird er gemeinsam mit dem angelieferten Spitalsmüll in den zwei Drehrohröfen bei einer Temperatur von 1.200 °C verbrannt. Beide Öfen standen im Berichtsjahr insgesamt 14.597 Betriebsstunden zur Verfügung. Die bei der thermischen Entsorgung angefallenen 18.144 t Reststoffe wurden zu Schlackenbeton verarbeitet.

Klärschlammverbrennung

Von der Hauptkläranlage der EbS wurden im Berichtsjahr 1,93 Mio. m³ Dünnschlamm mit einem mittleren Trockensubstanzgehalt von 3,6 % zum Werk Simmeringer Haide geleitet, dort mittels Zentrifugen entwässert und in drei Wirbelschichtöfen bei 850 °C thermisch entsorgt. Bei 16.884 Betriebsstunden der Wirbelschichtöfen wurde im Jahr 2000 eine Trockensubstanzmenge von 54.390 t verbrannt. Die beim Verbrennungsvorgang angefallenen 16.354 t Reststoffe wurden auf die Deponie Rautenweg zur Verfestigung des Ringwalls verbracht.

Neue und interessante Großkunden

Im Berichtsjahr wurden 232 Objektverträge mit einer Anschlussleistung von ca. 92,6 MW abgeschlossen. Bei 1.500 Volllaststunden pro Jahr entspricht dieser Anschlusswert einer Wärmeabgabe von rund 139.000 MWh. Städtebaulich und von der Bedeutung her sind einige neue Objektkunden besonders hervorzuheben. So der Stephansdom, die Therme Oberlaa, „Vienna Twin Tower“, die Münze Österreich, das „Haus des Meeres“ im Flakturm und nicht zuletzt „Tech Gate Vienna“, der Wissenschafts- und Technologiepark.